

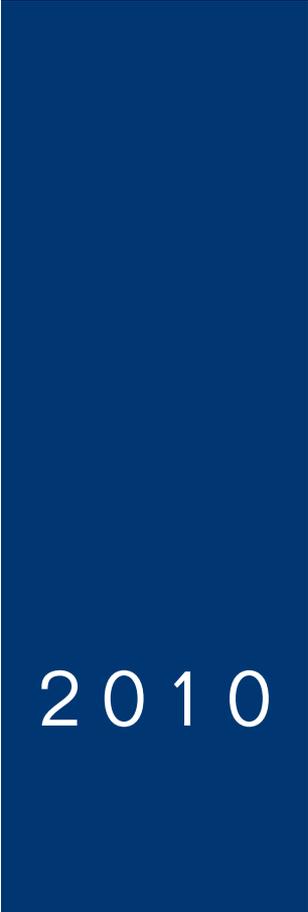


HISTORISCHE
KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



MÜNCHEN

Jahresbericht 2010



HISTORISCHE
KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

HK
MÜNCHEN

Jahresbericht 2010

Herausgegeben von der Historischen Kommission
bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

München 2011

INHALT

Jahresbericht 2010	
– Historische Kommission	5
– Historisches Kolleg	15
– Veröffentlichungen der Historischen Kommission	21
– Veröffentlichungen des Historischen Kollegs	23
– Veröffentlichungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Historischen Kommission	24
– Mitglieder der Historischen Kommission	26
– Die Abteilungen der Historischen Kommission und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter	27
Der Deutsche Bund in der nationalen Herausforderung 1859–1862 Ein neuer Band aus dem Editionsprojekt „Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes“ <i>Jürgen Müller</i>	31

JAHRESBERICHT 2010 HISTORISCHE KOMMISSION*

Aus der wissenschaftlichen Arbeit der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften für das Jahr 2010 ist dreierlei besonders hervorzuheben: An erster Stelle ist die „Neue Deutsche Biographie“ (NDB), das historisch-biographische Lexikon des deutschen Sprachraums, zu nennen, deren Redaktion ihren Sitz in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München hat. Vom 25. bis 27. Februar 2010 fand in der bayerischen Landeshauptstadt die internationale Konferenz „Vom Nachschlagewerk zum Informationssystem/From Reference Work to Information System“ statt. Von der NDB-Redaktion initiiert und von Historischer Kommission und Bayerischer Staatsbibliothek (BSB) im Historischen Kolleg und in der BSB durchgeführt, verfolgte sie das Ziel, die Kooperation historisch-biographischer Online-Lexika auf internationaler und nationaler Ebene technisch und inhaltlich voranzubringen (vgl. FAZ, 3.3.2010: „Die Vernetzung der Nationalgöttertempel“, von Martin Otto; Tagungsbericht <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3099> von Heidrun Siller). Von der Konferenz gingen ganz unmittelbar wichtige technische Impulse für die Vernetzung historisch-biographischer Angebote aus (Stichwort: PND-Beacon).

Im Rahmen der Konferenz stellte der Herausgeber Hans Günter Hockerts zusammen mit dem Verleger Florian R. Simon (Duncker & Humblot) auch den 24. Band der NDB (Schwarz–Stader) vor, der in zweieinhalb Jahren entstanden ist. Außerdem bot die Konferenz den idealen Rahmen dafür, den Online-Auftritt des barrierefreien digitalen Volltextangebots von „Allgemeiner Deutscher Biographie“ (ADB) und NDB zu präsentieren, der im Internet unter „Deutsche Biographie“ (www.deutsche-biographie.de) firmiert. Der Internetauftritt ist das Ergebnis zweijähriger Projektarbeit von Historischer Kommission und BSB, finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

* Zuerst veröffentlicht im Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 2010 (München 2011).

Auf Seiten der Historischen Kommission sind dafür der Herausgeber der NDB sowie Bernhard Ebneht, Stefan Jordan und Matthias Reinert verantwortlich. Das Angebot bietet aktuell 47.100 historisch-biographische Artikel mit Informationen zu rund 93.000 Personen zur Volltextrecherche, zum Kopieren oder Ausdrucken. Es handelt sich um namentlich gezeichnete und von Experten verfasste Artikel aus der ADB und aus den Bänden 1 bis 23 der NDB (A–Schwarz). Das Angebot wird dadurch noch gesteigert, dass zu den rund 93.000 biographischen Registereinträgen – über die Personennamendatei (PND), einem eingeführten Personenidentifikator – die bibliographischen Angebote der Deutschen Nationalbibliothek, der BSB und anderer führender Bibliotheken erschlossen werden. Die „Deutsche Biographie“ verfügt so über eine aktuelle und dynamische Bibliographie zu diesem großen Personenkreis. Auf der anderen Seite verlinkt z.B. der OPAC der BSB jetzt auch direkt auf die Artikel in ADB/NDB, so beim Briefwechsel zwischen Arnold Schönberg und Alban Berg auf die Artikel über die beiden Komponisten in den Bänden 2 und 23 der NDB.

The screenshot shows the website 'Deutsche Biographie' with the following content:

- Header:** Deutsche Biographie
- Search:** Schnellsuche, Erweiterte Suche, Namen A-Z, Aktuelles, Hilfe, Über das Projekt, Impressum.
- Navigation:** NDB-Artikel, ADB-Artikel, Index, Weitere Informationen.
- Entry:** Mozart, Wolfgang Amadeus (Amadé, eigentlich Joannes Chrysostomus Wolfgangus Theophilus). * 27.1.1756 Salzburg, † 5.12.1791 Wien, □ Wien, Sanik Marner Friedhof.
- Genealogie:** V/Leopold (s. 1); – □ Wien 1762 Constantia (Konstanze) (1762–1842, □ 2) Georg Nicolai v. Nissen, 1763–1826; Adol. dän. Dipl. s. ADB 23); Sängerrin. Herg. d. v. ihrem 2. Ehemann verfaßten Biogr. M.s (s. OBL; New Grove), T d. Franz Fridolin Weber (um 1733–79), Amtmann d. Freiherrn Schönauischen Herrschaft zu Zell im Wiesental, später Souffleur, Hof- und Kopist in Mannheim, u. d. Maria Casella Stamm (1727–93); V/ d. Ehefrau Carl Maria v. Weber (1766–1826), Komp. (s. ADB 41); Schwägerin Aloysia (1756/62–1836, □ Joseph Lange, 1751–1831; Schausp. Maler, s. NDB 13); Sängerrin (s. OBL); 4 S (2 früh †), u. a. Carl (1784–1858), Übersetzer b. d. k. k. Buchhaltungsdirektion in Mailand (s. L); Franz Xaver (1791–1844), Pianist u. Komp. in Lemberg u. W. (s. OBL; New Grove), 2 T (früh †).
- Leben:** Tagebucheinträge des Wiener Hofbeamten Karl Gl. v. Zinzendorf vom Oktober 1762 dürften die frühesten Zeugnisse der außerordentlichen und zugleich als „Wunder“ charakterisierten Wirkung sein, die der Klavier Vortrag des damals sechseinhalbjährigen M. in der Öffentlichkeit – hier der Wiener Adelshäuser – ausübte. Bereits in den ersten Lebensjahren M.s hatte sein Vater Leopold die außergewöhnliche musikalische Begabung erkannt und ihn, wie aus dem 1759 angelegten Notenbuch für die Schwester Maria Anna („Nannerl“) hervorgeht, seit dem 4. Lebensjahr im Klavierspiel, seit dem 6. in der Komposition unterrichtet. Ihm war es offenbar eine Verpflichtung, das außergewöhnliche Talent seines Sohnes systematisch, umfassend und ohne Rücksicht auf finanzielle und gesundheitliche Risiken auszubilden. So begab er sich im Sommer 1783 mit seiner Familie für dreieinhalb Jahre auf eine Reise in die bedeutendsten europ. Musikzentren. Daß Leopold seinen Sohn zuerst und vor allem in Paris und London einführte (der endgültige Entschluß zur Reise nach London wurde allerdings erst in Paris gefaßt, ursprünglich war noch an Aufenthalte in Mailand und Venedig gedacht), erweist ihn als einen Kenner des aktuellen Musiklebens. Die überlieferten Dokumente berichten von den ungewöhnlichen Fertigkeiten M.s als Pianist (dem Prima vista-Spiel schwierigster Stücke und dem Spiel auf verdeckter Klaviatur), nicht weniger enthusiastisch aber auch
- Quelle/Vorlage:** NDB 18 (1997), S. 240–248; ADB 22 (1895), S. 422–436.
- Erwähnungen:** NDB 13 (1962), S. 563; NDB 18 (1997), S. 238; NDB 19 (1999), S. 287; NDB 22 (2005), S. 753–754 in Artikel Schikaneder, Emanuel; NDB 23 (2007), S. 73 in Artikel Schlichtegroll, Friedrich von; NDB 23 (2007), S. 521 in Familienartikel Schrattenbach.
- Artikel drucken**

Screenshot <http://www.deutsche-biographie.de/sfz70756.html>

Auf der Grundlage eines DFG-Folgeantrages wird das jetzt bestehende Angebot 2010 und 2011 um die Kerndaten – also Name, Beruf, Lebensdaten – der rund 60.000 Personen und Familien erweitert, die in der sog. „Hauptkartei“ von der NDB-Redaktion seit den 1940er Jahren zusammengetragen worden sind. Nach Abschluss der Arbeiten Mitte 2011 stehen dann rund 150.000 Einträge zur Verfügung, davon die meisten Datensätze mit einer PND-Verknüpfung. Diese Erweiterung bietet die notwendige Voraussetzung dafür, das Angebot digitaler biographischer Artikel der „Deutschen Biographie“ sukzessive auszubauen und qualitativ zu erweitern, wenn die Printversion der NDB mit Band 28 in wenigen Jahren abgeschlossen sein wird.

Parallel dazu wird auch die Vernetzung via PND vorangetrieben, z.B. zu den eigenen Angeboten der Historischen Kommission, der „Rektorsredendatenbank“ und vor allem den „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“. Im Zuge des DFG-Folgeantrags gleicht die NDB-Redaktion außerdem die Einträge der Nachlassdatenbank, die vom Bundesarchiv betreut wird, mit der PND ab, so dass auch dieses für Forscher zentrale Arbeitsinstrument demnächst zusammen mit den historisch-biografischen Informationen zur Verfügung stehen wird. In dem Maße, in dem die PND in zahlreichen und ganz unterschiedlichen Projekten verwendet wird, entsteht ein dynamisch wachsendes Informationsangebot, in das künftig auch Bild- und Tondokumente sowie ganze Nachlässe mit ihren Beständen integriert werden können (vgl. im Detail zu den Möglichkeiten des neuen Auftritts: Matthias Reinert, Biographisches Wissen auf einen Klick, in: Akademie Aktuell 04/2010; pdf unter www.badw.de).

Die „Deutsche Biographie“ stellt, gerade weil hier – im Unterschied zu „Wikipedia“ – zertifiziertes Wissen geboten wird, das von einem namentlich genannten Autor verantwortet wird, von einer Fachredaktion geprüft ist, Standards einhält und in einer strukturierten lexikographischen Form dargeboten wird, das Rückgrat jeder historisch-biographischen Arbeit dar, unabhängig vom Fachgebiet. Dieses über die historische Wissenschaft weit hinaus reichende Serviceangebot ist unverzichtbar, von internationaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse. Die „Deutsche Biographie“ ist dabei der Ausgangspunkt für die Vision eines nationalen deutschen Biographieportals, in dem zukünftig die Angebote führender deutscher Wissenschaftseinrichtungen zusammengeführt werden sollen. Vorbereitungen dazu haben bereits begonnen.

Zweitens konnte die Historische Kommission am 1. März 2010 gemeinsam mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns den siebten Band der Edition der „Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954“ für das Jahr 1950 präsentieren, den Oliver Braun bearbeitet hat. Im Beisein

des Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Wolfgang Heubisch, präsentierte Rudolf Morsey als scheidender Abteilungsleiter den neuen Band der zeitgeschichtlichen Edition, die einen umfassenden Einblick in das Regierungshandeln des Freistaates Bayern in der Nachkriegszeit bietet und für das föderalistische Selbstverständnis und die politische Bildung unverzichtbar ist (vgl. Rudolf Morsey, Friedensbier, Schulspeisung und Gemeindeordnung. Das Jahr 1950 im Spiegel der Protokolle des Bayerischen Ministerrats, in: Akademie Aktuell 04/2010; pdf unter www.badw.de). Staatsminister Heubisch betonte die Wichtigkeit dieser Edition für das Verständnis von Vergangenheit und Gegenwart des Freistaates und hob die Bedeutung der historisch-kritischen Edition von Quellen insgesamt hervor; dies sei im Übrigen unabhängig von deren Präsentationsform als Buch oder im Internet.

Drittens sei aus der Arbeit der Historischen Kommission besonders die begonnene biografische Studie „Alfred Herrhausen. Manager und Symbolfigur des Rheinischen Kapitalismus“ genannt, die auf der Grundlage einer von der Fritz Thyssen Stiftung für zwei Jahre ausgesprochenen Bewilligung als Pilotprojekt im Rahmen des neuen thematischen Schwerpunkts der Kommission „Rheinischer Kapitalismus: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bonner Republik 1949–1990“ entsteht. Die gegenwärtige, tiefgreifende Krise des globalen Kapitalismus spricht dafür, sich aus wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive genauer mit dem Phänomen des „Rheinischen Kapitalismus“ auseinanderzusetzen, dieser spezifischen, in der „Bonner Republik“ besonders markant ausgeprägten Variante einer „koordinierten Marktwirtschaft“. Geleitet wird das neue Projekt von Hans Günter Hockerts und Werner Plumpe. Für die Pilotstudie wurde Friederike Sattler als Autorin gewonnen, die für diese Aufgabe unter anderem durch ihre im Jahr 2009 erschienene Biographie „Ernst Matthiensen (1900–1980). Ein deutscher Bankier im 20. Jahrhundert“ ausgewiesen ist. Die Historische Kommission strebt für das Projekt, in dessen Rahmen unter anderem Briefeditionen zentraler Akteure des „Rheinischen Kapitalismus“ und Fondseditionen von Unternehmensverbänden geplant sind, ab 2013 eine Förderung im Akademienprogramm an.

Zur Finanzierung der Historischen Kommission ist insbesondere zu erwähnen, dass sich der Drittmittelanteil im Jahr 2010 noch einmal auf jetzt 27,5% erhöht hat. Damit dies auch in den kommenden Jahren so bleibt, wurden im laufenden Jahr weitere Sachbeihilfeanträge auf den Weg gebracht: für die Edition des „Regensburger Kurfürstentags von 1575“ (Maximilian Lanzinner), die Edition von „Quellen zur Geschichte des Deutschen Zollvereins (1834–1865)“ (Hans-Werner Hahn) und für ein kumuliertes und ergänztes Register der „Chroniken der Deutschen Städte vom 14. bis in's 16. Jahrhundert“ (Theo Kölzer; vgl. seinen Beitrag

„Städtisches Leben im Spätmittelalter. Die Editionsreihe der ‚Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis in's 16. Jahrhundert‘“, in: Akademie Aktuell 02/2010; pdf unter www.badw.de).

I.

1. Die Drucklegung der Bände 19/1 und 19/2 (plus Gesamtregister für Band 19) aus der „Älteren Reihe“ der „Deutschen Reichstagsakten“ hat sich wegen notwendiger Nachkorrekturen leider noch einmal verzögert.

Aus der Abteilung „Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe“ kann berichtet werden, dass mit dem Manuskript der Edition des Konstanzer Reichstags 1507, die Dietmar Heil bearbeitet, Ende 2011/Anfang 2012 gerechnet werden kann. Auf der von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, dem Institut für Österreichische Geschichtsforschung und dem Institut für Geschichte der Universität Wien veranstalteten Tagung „Ordnung durch Tinte und Feder“ (17. bis 19. Mai 2010 in Wien) hielt Herr Heil einen Vortrag über Instruktionen im Bereich des Reichstags in der Regierungszeit Maximilians I. Sein Regensburger Kollege, Reinhard Seyboth, hat auf der von Stadtbibliothek/Stadtarchiv Trier und dem Stadtmuseum Simeonsstift veranstalteten Tagung „Der Trierer Reichstag 1512 in seinem historischen Kontext“ (19. bis 22. Oktober 2010) den Festvortrag am Eröffnungsabend zum Thema „Der Trierer Reichstag als europäisches Ereignis“ gehalten. Der Vortrag bot eine ideale Gelegenheit, einem Fachpublikum und einer breiteren Öffentlichkeit die historischen Erkenntnismöglichkeiten durch Reichstagsakten-Forschung zu präsentieren. Der Kanzler der Regensburger Universität hat dem Präsidenten der Historischen Kommission im Übrigen jetzt schriftlich zugesichert, dass die Regensburger Reichstagsakten-Arbeitsstelle erhalten bleiben und auch weiterhin für die beiden Bearbeiter, die regelmäßig durch Lehrveranstaltungen zum Lehrangebot der Universität Regensburg beitragen, über einen Arbeitsraum verfügen kann.

In der „Jüngeren Reihe“ ist die von Silvia Schweinzer bearbeitete Edition des Reichstags zu Nürnberg 1542 erschienen. Im kommenden Jahr wird die von Rosemarie Aulinger bearbeitete Edition der Akten der Reichstage zu Augsburg 1525 und Speyer 1526 sowie des anschließenden Esslinger Fürstentages im Druck vorliegen. Anschließend wird Frau Aulinger das von Anneliese Grundmann hinterlassene Manuskript „Die Beschwerden der deutschen Nation auf den Reichstagen der Reformation 1521–1530“ für den Druck vorbereiten.

In der Abteilung „Deutsche Reichstagsakten, Reichsversammlungen 1556–1662“ ist der von Marc von Knorring bearbeitete Band mit den

Akten des Reichsdeputationstages zu Worms 1564 erschienen. Die von Josef Leeb bearbeitete Edition der Akten des Reichstags zu Regensburg 1556/57 steht kurz vor dem Abschluss. Die Edition wird erstmals digital und als Buch publiziert. Maximilian Lanzinner als Abteilungsleiter, Josef Leeb und Matthias Reinert haben 2010 für die technische Realisierung ein Muster entwickelt, zu dessen zentraler Erkenntnis gehört, dass für die wissenschaftlichen Bearbeiter kein technischer und kein zeitlicher Mehraufwand entsteht. Herr Reinert benötigt für die technischen Arbeiten pro Band ca. sechs Wochen. Das Modell soll nach Absprache mit den Abteilungsleitern in den nächsten Jahren Zug um Zug auf alle Publikationen der Historischen Kommission ausgeweitet werden. Für die Edition der Akten des Regensburger Kurfürstentages von 1575 wurde ein Sachbeihilfeantrag bei der DFG gestellt.

2. Vom „Repertorium Academicum Germanicum“ (RAG) ist unter anderem zu berichten, dass der Aufbau eines geographischen Informationssystems für das RAG, das sog. RAGwebGIS, begonnen wurde, das in Zukunft einen „digitalen Gelehrtenatlas“ mit dynamischen und animierten Karten zur Migration der Gelehrten und zum Transfer gelehrten Wissens bei Abfragen erzeugen soll. Nach intensiven Vorbereitungen, zum Teil professioneller Konzeptberatung und Machbarkeitsanalysen durch die Firma „in2solutions AG“ in Winterthur steht seit Mai 2010 ein Prototyp einer animierten Karte (SVG-Format) zu Testzwecken auf der Homepage. Man kann sich nun zum Beispiel die Herkunftsregionen der Gelehrten aus Wien und Heidelberg (einzeln oder zusammen) in 5-Jahres-Schritten oder zusammengefasst in frei wählbaren Zeiträumen zwischen 1450 und 1550 zeigen lassen. Weitere Schritte zu Kartenproduktionen sind eingeleitet.

3. Im Bereich der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ hat die DFG am 8. Juli 2010 den von Helmut Neuhaus als Sekretär und Gerrit Walther als Abteilungsleiter gestellten Verlängerungsantrag für die „Gesamtausgabe des Briefwechsels von Leopold von Ranke (1813–1886)“ bewilligt. Auf der Grundlage dieser Bewilligung hat Dietmar Grypa seine 2009 begonnene Arbeit der Revision des ersten Bandes (1813–1825) der Edition im laufenden Jahr unter anderem mit zahlreichen Archivreisen fortgesetzt. Nach der Annahme eines Rufes an die Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Professur für Neuere und Neueste Geschichte unter Berücksichtigung der Landesgeschichte) scheidet er zum 1. Januar 2011 als Vollzeitbeschäftigter aus. Allerdings wird er sich mit verstärkter Zuarbeit bemühen, dennoch bis zur Jahresversammlung 2012 einen fertigen ersten Band vorzulegen. Im Laufe des Jahres 2011 soll versucht werden, eine neue wissenschaftliche Mitarbeiterin/einen wissenschaftlichen Mitarbeiter für die Edition zu gewinnen, für deren/

dessen Beschäftigung im Herbst 2012 ein letztes Mal eine zweijährige Bewilligung für dieses Projekt im Rahmen der DFG-Langfristförderung und anschließend im Rahmen des Akademienprogramms beantragt werden soll. Die von Winfried Becker bearbeitete Edition „Frederic von Rosenberg. Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937“ und die von Gisa Franke und Stefan Rebenich bearbeitete Edition des „Briefwechsels zwischen Theodor Mommsen und Friedrich Althoff (1882–1903)“ befinden sich im Druck und erscheinen im Jahr 2011.

4. Anfang November 2010 bewilligte die DFG den Sachbeihilfeantrag für eine Edition der „Wahlkapitulationen der römisch-deutschen Könige von 1519 bis 1792“, den federführend Helmut Neuhaus als Sekretär und Heinz Duchhardt als Abteilungsleiter gestellt haben. Ab 1. März 2011 wird Wolfgang Burgdorf in München für zweieinhalb Jahre die Arbeit an der Edition aufnehmen, die parallel im Druck und digital vorgelegt werden soll.

5. In der Abteilung „Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten“ befindet sich der von Maria Schimke bearbeitete Band 8 „Regierungsakten des Kurfürstentums und Großherzogtums Baden 1803–1815“ im Druck. Auch dieser Band wird 2011 erscheinen. Gerhard Müller schließt sein Manuskript des Bandes „Thüringische Staaten 1806–1813. Sachsen-Weimar-Eisenach“ voraussichtlich Anfang 2011 ab. Der Band kann anschließend begutachtet werden und in Druck gehen.

6. Bei den „Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes“ wird Jürgen Müller Anfang 2011 das Manuskript des Bandes unter dem Titel „Der Deutsche Bund in der nationalen Herausforderung 1859–1862“ vorlegen können. Im Fokus stehen vor allem die überragende Bedeutung, die die Öffentlichkeit bzw. die öffentliche Meinung für die Bundespolitik erlangten, die durch die Bestrebungen der nationalen Bewegung noch einmal verstärkte Revolutionsangst der deutschen Regierungen sowie die außenpolitischen Unsicherheiten, die sich infolge des Italienischen Krieges von 1859 verschärften und in Deutschland zu einer intensiven Diskussion über die Möglichkeit eines Krieges führten. Auf alle diese Entwicklungen reagierte der Deutsche Bund mit einer Wiederaufnahme und Intensivierung der Bundesreform-Debatte, die sich seit 1859 auf breiter Ebene entfaltete und auf vielfältige Weise geführt wurde.

7. Friedrich Hartmannsgruber hat seine Arbeit an der Edition für das Jahr 1939 der „Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1945“ kontinuierlich fortgesetzt. Das Manuskript soll 2011 vorliegen und der Band 2012 in Druck gehen.

8. In der Abteilung „Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954“ hat Oliver Braun im Berichtsjahr die systematische Kom-

mentierung der 77 Protokolle des Kabinetts Ehard III aus dem Jahr 1951, einer Koalitionsregierung aus CSU und SPD, begonnen, die er 2011 fortsetzen wird. Die große Zahl der Sitzungen ergibt sich aus nicht weniger als zwölf Außerordentlichen Ministerratssitzungen, in denen sich das Kabinett unter Leitung von Hans Ehard (CSU) und seinem Stellvertreter Wilhelm Hoegner (SPD) unter anderem mit Themen wie der Schließung des Bayerischen Landesentschädigungsamtes, der neuen Bayerischen Gemeindeordnung, der Errichtung von amerikanischen Truppenübungsplätzen in Bayern oder dem Ankauf von Anteilen der im Eigentum der Friedrich Flick KG befindlichen Maxhütte durch den Freistaat befasste.

9. Bei der „Neuen Deutschen Biographie“ liegt der Arbeitsfortschritt von Band 25, der voraussichtlich von Ernst Wilhelm Stadermann bis Friedrich Tezner reichen wird, gut in der Zeit; von den insgesamt rund 800 Artikeln liegen bereits mehr als 600 vor. Als Erscheinungstermin ist – bei der derzeitigen Personalausstattung – August 2012 vorgesehen.

10. In der von Helmut Neuhaus herausgegebenen „Schriftenreihe der Historischen Kommission“ ist Anfang des Jahres 2010 die Passauer Habilitationsschrift von Martin Hille „Providentia Dei, Reich und Kirche. Weltbild und Stimmungsprofil altgläubiger Chronisten zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg (1517–1618)“ als Band 81 erschienen. Zu Beginn des Jahres 2011 wird als nächster Band der Schriftenreihe die von Hans Günter Hockerts betreute Münchener Dissertation von Nicole Kramer „Volksgenossinnen‘ an der ‚Heimatfront‘. Herrschaft, Verhalten, Erinnerung“ publiziert werden. Die Studie untersucht bisher wenig beachtete Mobilisierungsformen und Bindekräfte der nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft und richtet dabei den Blick insbesondere auf den zivilen Luftschutz als weiblich dominiertes Handlungsfeld. Parallel zu der von Winfried Becker bearbeiteten Quellenedition in den „Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ wird im kommenden Jahr in der Schriftenreihe außerdem eine Biographie des Diplomaten und Ministers aus der Feder des Bearbeiters unter dem Titel „Frederic von Rosenberg (1874–1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik“ erscheinen, die auch eine Edition der Lebenserinnerungen Rosenbergs enthält.

II.

Die Jahresversammlung der Historischen Kommission fand am 2. und 3. März 2010 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München statt. Dabei hat die Kommission Hans-Christof Kraus (Passau),

Werner Plumpe (Frankfurt a.M.) und Lutz Raphael (Trier) zu ordentlichen Mitgliedern gewählt. Da Dieter Langewiesche (Tübingen) und Heinrich August Winkler (Berlin) dem Präsidenten am 22. Oktober 2010 und am 12. Januar 2011 mitgeteilt haben, ihren Sitz in der Historischen Kommission frei zu machen, hat die Kommission jetzt 42 Mitglieder. Von den neuen Mitgliedern wurde Werner Plumpe vom Präsidenten gemeinsam mit Hans Günter Hockerts mit dem Aufbau der Abteilung „Rheinischer Kapitalismus“ betraut, Hans-Christof Kraus kommissarisch mit der Leitung der „Deutschen Geschichtsquellen des 20. Jahrhunderts“. Im kommenden Jahr muss die Jahresversammlung über eine Doppelspitze in der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ beraten und einen Beschluss fassen.

Eine in den vergangenen Jahren intensiv erörterte Änderung des Statuts der Historischen Kommission mit dem Ziel, deren Arbeitsfähigkeit zu erhöhen, wurde vertagt. Im Jahr 2010 ergänzte die Kommission ihr Statut zunächst um einen Passus, der für eine Statutenänderung ein Quorum von zwei Dritteln vorsieht. Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat diese Ergänzung gebilligt.

Den öffentlichen Vortrag, zu dem die Monumenta Germaniae Historica und die Historische Kommission traditionell seit 1973 gemeinsam in den Plenarsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften einladen, hielt am Abend des 3. März 2010 Frank Rexroth (Göttingen) zu dem Thema „Die Einheit der Wissenschaft und der Eigensinn der Disziplinen. Zur Konkurrenz zweier Denkformen im 12. und 13. Jahrhundert“.

Folgende personelle Veränderungen sind zu berichten: Der Arbeitsvertrag mit Friederike Sattler, Berlin („Rheinischer Kapitalismus“), konnte um zwei weitere Jahre bis Ende Juni 2012 verlängert werden. Dietmar Grypa, Eichstätt („Ranke-Briefwechsel“), scheidet zum Jahresende 2010 als vollzeitbeschäftigter wissenschaftlicher Mitarbeiter aus. Nach drei Jahren in Diensten der Historischen Kommission scheidet auch Gerhard Müller, Jena („Thüringische Staaten. Sachsen-Weimar-Eisenach“), zum Jahresende aus; er wird den von ihm bearbeiteten Band im Jahr 2011 als freier Mitarbeiter zum Druck bringen. Dies gilt in gleicher Weise für Kordula Kühlem (Bonn), die die von ihr bearbeitete Carl Duisberg-Briefedition nach dem Auslaufen ihres Vertrages Ende April 2011 ebenfalls in freier Mitarbeit druckfertig machen wird. Der Arbeitsvertrag mit Matthias Reinert (München), der aktuell für die Historische Kommission überwiegend als Projektleiter der „Erweiterung von NDB/ADB-online um 90.000 Personendatensätze“ tätig ist, konnte 2010 entfristet werden. Der Vertrag des Bearbeiters der Protokolle des Bayerischen Ministerrats wurde um ein Jahr bis Ende 2011 verlängert. Die Kommission wird sich im kommenden

Jahr intensiv darum bemühen, auch Oliver Braun langfristig für die zeitgeschichtliche Editionsarbeit an sich zu binden.

Schließlich sei erwähnt, dass Theo Kölzer am 19. Februar 2010 von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu ihrem korrespondierenden Mitglied gewählt worden ist. Winfried Schulze wurde im März 2010 zum Direktor des Mercator Research Center Ruhr in Essen berufen. Laetitia Boehm und Eberhard Weis erhielten am 2. Dezember 2010 die Bayerische Verfassungsmedaille in Gold. Dietmar Willoweit erhielt die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber und wurde zum Ehrenmitglied der Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung ernannt. Karlheinz Blaschke erhielt am 3. Dezember 2010 in Metz den „Grand Prix 2010 de l’academie de saint Nicolas“.

Matthias Reinert wurde im Rahmen der feierlichen Jahressitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 4. Dezember 2010 im Herkulesaal der Münchner Residenz für seine besonderen Leistungen bei der Retrodigitalisierung und der Digitalisierung wissenschaftlicher Arbeiten der Historischen Kommission sowie für seine zukunftsweisende konzeptionelle Arbeit in diesem Bereich mit dem „Akademiepreis der Karl Thiemig-Stiftung für Nachwuchsförderung“ ausgezeichnet.

HISTORISCHES KOLLEG

Preis des Historischen Kollegs 2010

Im Jahr 2010, dem 30. Jahr seit der Eröffnung des Historischen Kollegs am 20. Oktober 1980 in München, fand zum zehnten Mal die Verleihung des „Preises des Historischen Kollegs“ statt. Bundespräsident Christian Wulff zeichnete am 5. November 2010 im vollbesetzten Plenarsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Christopher Clark aus (Dokumentation der Preisverleihung mit allen Reden als pdf-Datei unter www.historischeskolleg.de). Der in Cambridge lehrende Australier, 1960 in Sidney geboren, erhielt den mit 30.000 € dotierten Preis vornehmlich für sein Buch „Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947“ (Deutsche Verlagsanstalt: München 2007, 896 S., Paperback: Pantheon: München 2008; Originaltitel: Iron Kingdom. The Rise and Downfall of Prussia. 1600–1947, Allen Lane / Penguin Books 2006). Sein Buch markiert eine



Bundespräsident Christian Wulff (l.) überreicht dem australischen Historiker Christopher Clark den „Preis des Historischen Kollegs“ im Plenarsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.
Bildnachweis: J. Denzel/Bundesbildstelle 228848

Zäsur in der historiographischen Beschäftigung mit jenem Gegenstand, der in der deutschen Geschichtsschreibung ganz gegensätzliche Darstellungen hervorgebracht hat. Clark verdammt Preußen nicht in Grund und Boden, aber er lobt es auch nicht über den grünen Klee, wenngleich in seinem Schlusssatz „Am Ende war nur noch Brandenburg“ wohl auch ein gewisses Bedauern mitschwingt. Auf fast 900 Seiten erzählt er in sprachlich herausragender Weise – wofür auch den Übersetzern ein großes Lob gebührt – die Geschichte des Kurfürstentums Brandenburg und des Herzogtums, dann des Königreichs Preußen über dreieinhalb Jahrhunderte hinweg. Auch wo er aus seiner immensen Quellen- und Literaturkenntnis heraus überkommene Sichtweisen in Frage stellt und Mythen entzaubert, bleibt er stets auf sachbezogener Distanz. Seine Grundeinsicht, dass das Deutsche Reich weniger die Erfüllung Preußens als vielmehr sein Verderben gewesen sei, macht „Preußen“ zu einem Thema, das noch längst nicht erledigt ist.

Die Dotierung des Preises, der alle drei Jahre als „Deutscher Historikerpreis“ vergeben wird, stellte 2010 über den Freundeskreis des Historischen Kollegs die „Alfred und Cläre Pott-Stiftung“ (www.pottstiftung.de) zur Verfügung, deren Vorsitzender Klaus Liesen ist. Ursprünglich wurde der Preis vom Stiftungsfonds Deutsche Bank ausgesetzt. Mit dem Preis sind seit 1983 der Althistoriker Alfred Heuß, die Mediävisten Arno Borst und Johannes Fried, die Neuzeithistoriker Reinhart Koselleck, Thomas Nipperdey und Wolfgang Reinhard, der Ägyptologe und Kulturhistoriker Jan Assmann, der Wiener Wirtschafts- und Sozialhistoriker Michael Mitterauer und zuletzt vor drei Jahren Gerhard A. Ritter ausgezeichnet worden.

Honorary Fellowship

Das im vergangenen Jahr neu etablierte Honorary Fellowship, das sich an ehemalige Fellows, Gelehrte aus dem In- und Ausland, die aus dem Universitätsdienst bereits ausgeschieden sind, sowie aktive Hochschullehrer richtet, die ihr Sabbatical fern der eigenen Universität verbringen möchten, ist 2010 erfolgreich angelaufen. Es bietet den Fellows die Möglichkeit, in der Kaulbach-Villa zu wohnen und die inspirierende Arbeitsatmosphäre der von Gabriel von Seidl errichteten Künstlervilla im Herzen Münchens für den Abschluss eines größeren wissenschaftlichen Projektes zu nutzen.

Den Anfang machte im Frühjahr Dieter Langewiesche (Tübingen), der schon lange an einem Buch über die deutsche Universität arbeitet. Am

15. März 2010 berichtete er mit dem Vortrag „Humboldt als Leitbild? Die deutsche Universität in den Reden ihrer Rektoren im 19. und 20. Jahrhundert“ aus seiner Arbeit. Auf ihn folgte im Juli 2010 zunächst für drei Monate Aliza Cohen-Mushlin aus Israel. Bis 2005 hat sie Medieval Art am History Department der Hebrew University in Jerusalem gelehrt. In München untersucht sie die illuminierten hebräischen Handschriften der BSB. Das 2007 begonnene Projekt wird von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert. Aliza Cohen wird 2011 noch einmal drei Monate in München im Kolleg wohnen und arbeiten und dann am 2. Mai 2011 ihre Forschungen im Rahmen eines Vortrags mit dem Titel „Hebräische Handschriftenschatze der Bayerischen Staatsbibliothek. Ein Dokumentationsprojekt des Center for Jewish Art der Hebrew University of Jerusalem“ präsentieren.

Das 31. Kollegjahr (2010/2011)

Zum 1. Oktober 2010 haben im 31. Kollegjahr eine Stipendiatin und zwei Stipendiaten ihren Forschungsaufenthalt in der Kaulbach-Villa angetreten:

Als Forschungsstipendiaten arbeiten Gangolf Hübinger (Europa Universität Viadrina Frankfurt an der Oder) an dem Vorhaben „Die kulturelle Doppelrevolution um 1900. Zum Wechselspiel von wissenschaftlicher Selbstbeobachtung und Demokratisierung der europäischen Gesellschaften im frühen 20. Jahrhundert“ und Werner Plumpe (Goethe-Universität Frankfurt am Main) an seiner Biographie „Carl Duisberg (1861–1935). Ein deutscher Industrieller“, als Förderstipendiatin Elke Seefried (Universität Augsburg), die ihre Habilitationsschrift zum Thema „Prognostik und Politik. Zukunft als Kategorie politischen Handelns in den 1960er und 1970er Jahren“ zum Abschluss bringen möchte. Corinna Unger (Research Fellow DHI Washington), der das Gerda Henkel Fellowship zugesprochen worden war, hat ihr Stipendium vor Antritt zurückgegeben, da sie eine Assistenzprofessur „Modern European History“ an der Jacobs University in Bremen angenommen hat.

Das 32. Kollegjahr (2011/2012)

Am 5. November 2010 hat das Kuratorium des Historischen Kollegs die Stipendien für das 32. Kollegjahr 2011/2012 vergeben, das am 1. Oktober 2011 beginnt. Die Forschungsstipendien erhalten: der Neuzeithistoriker Friedrich Lenger (Justus-Liebig Universität Gießen) für das Vorhaben „Europas Städte in der Moderne“ und der Kirchenhistoriker Hubert Wolf

(Westfälische Wilhelms-Universität Münster) für das Vorhaben „Der Fall San Ambrogio“. Mordende Nonnen, falsche Mystik und angemäße Heiligkeit“.

Als Förderstipendiaten werden Rüdiger Graf (Ruhr-Universität Bochum) zu dem Thema „Petroknowledge“ und politisches Handeln in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren“ und Carsten Kretschmann (Universität Stuttgart) zu „Kriegserfahrungen und Gemeinschaftsdiskurse in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40“ im Historischen Kolleg arbeiten.

Wissenschaftliche Veranstaltungen

Auch im Jahr 2010 fanden wiederum zahlreiche eigene und fremde wissenschaftliche Veranstaltungen statt, die die Kaulbach-Villa weiter als lebendiges Zentrum der Geschichtswissenschaft am Wissenschaftsstandort München profilieren. Genannt seien z.B. die Konferenz „Religion, Nation und Säkularismus in der ruthenischen bzw. ukrainischen und weißrussischen Kultur der Neuzeit“ des Graduiertenkollegs „Religiöse Kulturen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts“ der LMU (Martin Schulze Wessel) in Kooperation mit dem Peter Jacyk Centre for Historical Research, CIUS, University of Alberta, und der Ukrainischen Freien Universität am 25. Juni 2010, die Tagung „Thyssen im 20. Jahrhundert“ vom 27. bis 29. Oktober 2010 (Margit Szöllösi-Janze und Günther Schulz), das Symposium aller seit 2002 im Rahmen der Allianz Gastprofessur für islamische und jüdische Studien (Geschichte und Kultur) an der LMU Lehrenden unter dem Titel „The Other in Near Eastern and Jewish Studies“ vom 11. bis zum 12. November 2010 oder die Präsentation der Adam-Smith-Biographie von Nicholas Phillipson (Edinburgh) am 14. Dezember 2010 im Rahmen des interdisziplinären Forums Ideengeschichte (Eckhart Hellmuth) der LMU in Kooperation mit dem Promotionsstudiengang ProMoHist der Neueren und Neuesten Geschichte (Margit Szöllösi-Janze) des Historiums der LMU.

Podiumsdiskussionsreihe „Blick zurück nach vorn“

Die im vergangenen Jahr mit Mitteln der Philip Morris Stiftung etablierte Podiumsdiskussionsreihe „Blick zurück nach vorn“, die 2009/2010 mit „Mit allen Sinnen“ sehr erfolgreich war, wird 2010/2011 mit einer zweiten Staffel unter dem Motto „Weise, mutig und gerecht – Tugenden heute“

fortgesetzt. Medienpartner ist nach BR-alpha nunmehr DRadio Wissen, das die Diskussionen zu den weltlichen Kardinaltugenden Weisheit, Mut, Gerechtigkeit und Mäßigung jeweils eine Woche nach der Veranstaltung digital in seinem Format „Hörsaal“ ausstrahlt. Im September 2010 hat die Philip Morris Stiftung die Mittel für eine dritte Staffel bewilligt, die 2011/2012 die Überschrift „Zwischen Lust und Schande: Laster gestern und heute“ tragen wird. Das Konzept haben erneut Elisabeth Hüls als wissenschaftliche Mitarbeiterin, Karl-Ulrich Gelberg als Geschäftsführer und Helmut Neuhaus als Mitglied des Kuratoriums entwickelt.

Mit der publikumswirksamen Reihe, die sich bereits nach kurzer Zeit großer Nachfrage erfreut, vor allem bei Schülern und Lehrern, erreicht das Historische Kolleg ein breiteres und auch deutlich jüngeres Publikum.

Mit „Blick zurück nach vorn“ verfügt das Kolleg, das sich mit den Stipendien, seinen wissenschaftlichen Veranstaltungen und Kolloquien in der Kaulbach-Villa und dem „Preis des Historischen Kollegs“ an ein wissenschaftliches Fachpublikum wendet, jetzt über ein viertes „Standbein“. Die vielfältigen aktuellen Fragen, die sich den Menschen in einer immer komplexeren und globalen Welt stellen, werden im Rahmen der Veranstaltungen um eine historische Perspektive erweitert. Damit wirkt das Historische Kolleg sichtbarer als zuvor auch in die Öffentlichkeit.

Veröffentlichungen

Bei den Opera Magna setzt sich der erfreuliche Trend der Vorjahre fort: Heuer sind sechs Arbeiten erschienen. Diese Bilanz ist das Ergebnis einer insbesondere auf die Realisierbarkeit der Projekte achtenden Berufungspolitik des Kuratoriums in den zurückliegenden Jahren. Ebenso konnten vier Bände aus der Reihe „Kolloquien“ vorgelegt werden, darunter als Nr. 82 kurz vor Weihnachten der Band „Judaism, Christianity, and Islam: Exchange and Conflicts“, der die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten internationalen Konferenz dokumentiert, die das Historische Kolleg vom 16. bis 18. März 2009 in Kooperation mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Ludwig-Maximilians-Universität durchgeführt hatte.

Finanzierung

Leider war das Historische Kolleg bei seinen Bemühungen, neue private Förderer für die Stipendienfinanzierung zu gewinnen, auch 2010 nicht

erfolgreich. Die Stipendien für das Kollegjahr 2011/2012 sind durch Rücklagen sowie die Förderung der Fritz Thyssen Stiftung und der Gerda Henkel Stiftung gesichert. Für das Kollegjahr 2012/2013 sind daher noch weitere verstärkte Anstrengungen erforderlich. Der Freistaat Bayern steht fest zu seinem Engagement für das Historische Kolleg im Rahmen der bestehenden „public private partnership“. Dafür ist ihm angesichts der Aufstellung des Doppelhaushalts 2011/2012 ganz besonders zu danken.

Personelle Veränderungen – Freundeskreis

Im Laufe des Jahres ist die Frühneuzeit-Historikerin Luise Schorn-Schütte (Frankfurt a.M.), die dem Kuratorium als Vizepräsidentin der DFG angehört hatte, aus dem Gremium ausgeschieden. Neues Kuratoriumsmitglied nach seiner Wahl zum DFG-Vizepräsidenten ist der Althistoriker Peter Funke (Münster). Als persönliches Mitglied ist Manfred Hildermeier (Göttingen) nach Ablauf der im Statut vorgesehenen Amtszeit ausgeschieden. Die Osteuropäische Geschichte wird jetzt von Martin Schulze Wessel (München) im Kuratorium vertreten. Dietmar Willoweit, der dem Kuratorium qua Amt als Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften angehört hatte, schied ebenfalls zum Jahresende aus. Sein Nachfolger ist der neue Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Karl-Heinz Hoffmann (München). Anstelle von Dietmar Willoweit, der bisher auch Stellvertreter von Lothar Gall war, wählte das Gremium in der November-Sitzung Andreas Wirsching zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums des Historischen Kollegs. Im November 2011 ist dann ein neuer Kuratoriumsvorsitzender zu wählen, da Lothar Gall nach 14 Jahren an der Spitze des Gremiums für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung steht.

Erfreulich ist, dass die Mitgliederzahl des Freundeskreises des Historischen Kollegs stetig wächst. Ihm gehören jetzt 170 Mitglieder an (Vorjahr: 161). Auf Anregung des Vorsitzenden des Freundeskreises, Hilmar Kopper, erhielten die Mitglieder des Freundeskreises das mit dem „Preis des Historischen Kollegs“ ausgezeichnete Werk von Christopher Clark „Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947“ als Jahresgabe.

Lothar Gall, Helmut Neuhaus, Karl-Ulrich Gelberg

VERÖFFENTLICHUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION

Online ist:

Deutsche Biographie (47.100 historisch-biographische Artikel aus Allgemeiner Deutscher Biographie und Neuer Deutscher Biographie [Bd. 1 bis 23: Aachen – Schwarz]) www.deutsche-biographie.de

Erschienen sind:

Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V. Der Reichstag zu Nürnberg 1542. Bearb. v. Silvia SCHWEINZER. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2010, 970 S. (Deutsche Reichstagsakten. Jüngere Reihe 13).

Der Reichsdeputationstag zu Worms 1564. Bearb. v. Marc VON KNORRING. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2010, 555 S. (Deutsche Reichsversammlungen 1556–1662).

Das Kabinett Ehard II. 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950. Band 3: 5.1.1950–13.12.1950. Bearb. v. Oliver BRAUN. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2010, LXXXVII, 782 S. (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954).

Neue Deutsche Biographie. 24. Band: Eduard Schwarz – Maria Stader. Mit ADB & NDB-Gesamtregister auf CD-ROM, vierte Ausgabe. Hrsg. v. Hans Günter HOCKERTS, redigiert v. Bernhard EBNETH, Stefan JORDAN, Claus PRIESNER, Maria SCHIMKE und Regine SONNTAG. Berlin: Verlag Duncker & Humblot 2010, 796 S.

HILLE, Martin, Providentia Dei, Reich und Kirche. Weltbild und Stimmungsprofil altgläubiger Chronisten 1517–1618. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 672 S. (Schriftenreihe der Historischen Kommission 81).

Im Druck sind:

Der Reichstag zu Augsburg 1525. Der Reichstag zu Speyer 1526. Der Fürstentag zu Esslingen 1526. Bearb. v. Rosemarie AULINGER. Ca. 1136 S. (Deutsche Reichstagsakten. Jüngere Reihe 5/6).

Regierungsakten des Kurfürstentums und Großherzogtums Baden 1803–1815. Bearb. v. Maria SCHIMKE (Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten 8).

Frederic von Rosenberg. Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937. Hrsg. u. eingel. v. Winfried BECKER (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 66).

Der Briefwechsel zwischen Theodor Mommsen und Friedrich Althoff (1882 bis 1903). Bearb. v. Stefan REBENICH und Gisa FRANKE (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 67).

KRAMER, Nicole, 'Volksgenossinnen' an der 'Heimatfront'. Herrschaft, Verhalten, Erinnerung (Schriftenreihe der Historischen Kommission 82).

Im Manuskript abgeschlossen sind:

Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Friedrich III. Fünfte Abteilung, Zweite Hälfte, Zweiter Teil: Der Tag zu Wiener Neustadt, Februar bis Mai 1455. Bearb. v. Gabriele ANNAS (Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe 19,2).

Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Friedrich III. Fünfte Abteilung, Zweite Hälfte, Dritter Teil: Reichstag zu Frankfurt 1454. Bearb. v. Johannes HELMRATH (Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe 19,3).

Thüringische Staaten 1806–1813. Sachsen-Weimar-Eisenach. Bearb. v. Gerhard MÜLLER (Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten 9).

Die Tagebücher von Alexander Cartellieri (1867–1955). Hrsg. u. eingel. v. Uwe DATHE und Matthias STEINBACH (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts).

Carl Duisberg (1861–1935). Briefe zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Bearb. v. Kordula KÜHLEM (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts).

BECKER, Winfried, Frederic von Rosenberg (1874–1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Historischen Kommission 83).

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HISTORISCHEN KOLLEGS

Der Koran und sein religiöses und kulturelles Umfeld. Hrsg. v. Tilman NAGEL. München: R. Oldenbourg 2010, XXVI, 250 S., 68 sw. u. 9 farb. Abb. (Kolloquien 72).

Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910. Hrsg. v. Rüdiger VOM BRUCH. München: R. Oldenbourg 2010, 259 S., 6 Abb. (Kolloquien 76).

Die deutsche Nation im frühneuzeitlichen Europa. Politische Ordnung oder kulturelle Identität? Hrsg. v. Georg SCHMIDT. München: R. Oldenbourg 2010, XIV, 354 S. (Kolloquien 80).

Judaism, Christianity, and Islam in the Course of History: Exchange and Conflicts. Hrsg. v. Lothar GALL und Dietmar WILLOWEIT. München: R. Oldenbourg 2010 XII, 470 S., 3 Abb. (Kolloquien 82).

Opera Magna:

Werner BUSCH (Kollegjahr 2003/2004): Das unklassische Bild. Von Tizian bis Constable und Turner (Historische Bibliothek der Gerda Henkel Stiftung). München: Verlag C. H. Beck 2009, 341 S., 134 Abb.

Kaspar VON GREYERZ (Kollegjahr 2003/2004): Passagen und Stationen. Lebensstufen zwischen Mittelalter und Moderne. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 303 S., 31 Abb.

Claire GANTET (Kollegjahr 2005/2006): Der Traum in der Frühen Neuzeit. Ansätze zu einer kulturellen Wissenschaftsgeschichte (Frühe Neuzeit/Studien und Dokumente zur deutschen Literatur und Kultur im europäischen Kontext 143). Berlin: De Gruyter 2010, X, 621 S.

Thomas WELSKOPP (Kollegjahr 2008/2009): Amerikas große Ernüchterung. Eine Kulturgeschichte der Prohibition. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 2010, 700 S.

Jörg FISCH (Kollegjahr 2007/2008): Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion (Historische Bibliothek der Gerda Henkel Stiftung). München: Verlag C. H. Beck 2010, 384 S. 2 Abb. u. 8 Karten.

Jan-Otmar HESSE (Kollegjahr 2006/2007): Wirtschaft als Wissenschaft. Die Volkswirtschaftslehre der frühen Bundesrepublik (Campus Forschung 947). Frankfurt a.M.: Campus Verlag 2010, 462 S.

VERÖFFENTLICHUNGEN
VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN
DER HISTORISCHEN KOMMISSION

ANNAS G., Recht und Gerechtigkeit in Schriften zur Reichsreform des 15. Jahrhunderts. In: Lex und Ius. Beiträge zur Begründung des Rechts in der Philosophie des Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Hrsg. v. A. Fidora, M. Lutz-Bachmann u. A. Wagner (= Politische Philosophie und Rechtstheorie des Mittelalters und der Neuzeit. Reihe II: Untersuchungen, Bd. 1). Stuttgart-Bad Cannstatt 2010, 271–300.

HEIL D., Er kompt nit gen Rom auf dyse jare. Zur Annahme des Kaisertitels durch Maximilian I. (1508). In: Regensburg, Bayern und das Reich. FS zum 65. Geburtstag von Peter Schmid. Hrsg. v. T. Appl u. G. Köglmeier. Regensburg 2010, 269–289.

REINERT M., Biographisches Wissen auf einen Klick. In: Akademie Aktuell 4 (2010), 44–46.

SATTLER F., Der „Napoleon des deutschen Aktienmarktes“ Hermann D. Krages und die Netzwerke des „rheinischen Kapitalismus“: Die Geschichte einer scheiternden Karriere. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook 2010/2, 165–198. – „Investmentsparen“ – Ein früher Durchbruch der Geschäftsbanken zu breiteren Privatkundenkreisen? In: Strukturwandel und Internationalisierung im Bankwesen seit den 1950er Jahren. Hrsg. v. R. Ahrens u. H. Wixforth (Geld und Kapital. Jahrbuch der Gesellschaft für mitteleuropäische Banken- und Sparkassengeschichte 10, 2007/08). Stuttgart 2010, 35–70. – Geschichte der Banken und Finanzmärkte, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte. Begriffe, Methoden und Debatten der Zeitgeschichte, 27.7.2010, http://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Banken_und_Finanzm%C3%A4rkte

SEYBOTH R., „Wollet in allen unseren sachen guten vleiß gebrauchen“. Nürnberger Gesandte auf Reichstagen des 15. und frühen 16. Jahrhunderts. In: Regensburg, Bayern und das Reich. FS zum 65. Geburtstag von Peter Schmid. Hrsg. v. T. Appl u. G. Köglmeier. Regensburg 2010, 291–307. – „Hetten wir doinnen und hieaussen fruntschaft von Polan und Beheim“. Die Beziehungen der fränkischen Hohenzollern zu den Jagiellonen im 15. und frühen 16. Jahrhundert. In: Hofkultur der Jagiellonendynastie und verwandter Fürstenhäuser. The Culture of the Jagellonian and Related Courts. Hrsg. v. U. Borkowska u. M. Hörsch (Studia Jagellonica Lipsiensia 6), Ostfildern 2010, 293–307. – „Ist König Artus Hof hier mit jagen, stechen, rennen und aller Kurzweil.“ Jagd, Turnier und Vergnügen am Hof des Markgrafen Albrecht Achilles von Brandenburg-Ansbach. Triesdorf 2010.

WAGNER F., Das Repertorium Academicum Germanicum – Mehr als ein Who's Who des gelehrten Deutschland vom 13. bis zum 16. Jahrhundert. In: Catalogus Professorum Lipsiensis. Konzeption, technische Umsetzung und Anwendungen für Professorenkataloge im Semantic Web. Hrsg. v. U. Morgenstern u. Th. Riechert. Leipzig 2010, 145–150.

MITGLIEDER DER HISTORISCHEN KOMMISSION

Die Jahreszahl gibt das Jahr der Wahl zum Mitglied der Historischen Kommission an, der Ort die damalige Wirkungsstätte.

GALL Lothar, Frankfurt a.M., 1977, Präsident	OEXLE Otto Gerhard, Göttingen, 1998
NEUHAUS Helmut, Erlangen, 1998, Sekretär	PARAVICINI Werner, Paris, 2002 PLUMPE Werner, Frankfurt a.M., 2010
VON ARETIN Karl Otmar Frhr., Darmstadt/Mainz, 1980	RAPHAEL Lutz, Trier, 2010
BLASCHKE Karlheinz, Dresden, 1990	REPGEN Konrad, Bonn, 1971
BOEHM Laetitia, München, 1975	RITTER Gerhard A., München, 1971
DUCHHARDT Heinz, Mainz, 1995	SCHIEFFER Rudolf, München, 1994
ESCH Arnold, Rom, 1992	SCHULZE Winfried, München, 1994
FRIED Johannes, Frankfurt a.M., 1985	SCHWINGES Rainer C., Bern, 1999
FUHRMANN Horst, München, 1972	STADLER Peter, Zürich, 1980
HAHN Hans-Werner, Jena, 2003	STOLLBERG-RILINGER Barbara, Münster, 2006
HECKEL Martin, Tübingen, 1985	STOURZH Gerald, Wien, 1996
VON HEHL Ulrich, Leipzig, 2004	SZÖLLÖSI-JANZE Margit, Köln, 2004
HILDEBRAND Klaus, Bonn, 1983	WALTHER Gerrit, Wuppertal, 2008
HOCKERTS Hans Günter, München, 1995	WEIS Eberhard, München, 1974
KÖLZER Theo, Bonn, 2006	WENGENROTH Ulrich, München, 1998
KRAUS Hans-Christof, Passau, 2010	WILLOWEIT Dietmar, Würzburg, 2000
LANZINNER Maximilian, Bonn, 2001	WINKELBAUER Thomas, Wien, 2008
MEUTHEN Erich, Köln, 1977	WIRSCHING Andreas, Augsburg, 2008
MÖLLER Horst, München, 1991	WOLGAST Eike, Heidelberg, 1988
MORAW Peter, Gießen, 1987	
MORSEY Rudolf, Speyer, 1981	
MÜLLER Heribert, Frankfurt a.M., 2000	

DIE ABTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION
UND IHRE WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

Nebenberuflich tätige Mitarbeiter sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet.

Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe

Leiter: Prof. Dr. MÜLLER Heribert, Fontanestr. 67, 55127 Mainz.
Dr. ANNAS Gabriele, Frankfurt a.M.; Prof. Dr. HELMRATH* Johannes,
Berlin.

Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe

Leiter: Prof. Dr. WOLGAST Eike, Frauenpfad 15, 69221 Dossenheim.
Dr. HEIL Dietmar, Prof. Dr. SCHMID* Peter, Dr. SEYBOTH Reinhard, alle
Regensburg.

Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe

Leiter: Prof. Dr. WOLGAST Eike, Frauenpfad 15, 69221 Dossenheim.
Dr. AULINGER* Rosemarie, Wien; Dr. FUCHS* Martina, Wien; Prof. Dr.
KOHLER* Alfred, Wien; Prof. Dr. LUTTENBERGER* Albrecht, Regens-
burg; Dr. SCHWEINZER Silvia, Wien.

Deutsche Reichstagsakten, Reichsversammlungen 1556–1662

Leiter: Prof. Dr. LANZINNER Maximilian, Konviktstr. 11, 53113 Bonn.
Dr. LEEB Josef, Oberpöding; Prof. Dr. NEUHAUS* Helmut, Erlangen.

Repertorium Academicum Germanicum

Leiter: Prof. Dr. MORAW Peter, Hermann-Löns-Str. 49, 35398 Gießen
– Prof. Dr. SCHWINGES Rainer C., Känelgasse 27, 3052 Zollikofen,
Schweiz.
Dipl.-Ing. ANDRESEN Suse, M.A., Lic. phil. RACINE-GHERASIMOV
Raphael, alle Bern; FRANK Bianca, M.A., Dr. KÄNDLER Wolfram C.,
KAMMER Ulrike M.A., Dr. WAGNER Frank, alle Gießen.

Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit

Kommissarischer Leiter: Prof. Dr. WILLOWEIT Dietmar, Unterer Dal-
lenbergweg 11, 97082 Würzburg.
Dr. GEFFCKEN* Peter, München; Prof. Dr. HÄBERLEIN* Mark, Bamberg.

Die Wahlkapitulationen der römisch-deutschen Könige 1519–1792

Leiter: Prof. Dr. DUCHHARDT Heinz, Backhaushohl 29a, 55128 Mainz.
PD Dr. BURGDORF Wolfgang, München.

Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges

Kommissarischer Leiter: Prof. Dr. NEUHAUS Helmut, Fichtestr. 46,
91054 Erlangen.
Dr. BIERTHER* Kathrin, München.

Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts

Leiter: Prof. Dr. WALTHER Gerrit, Frankenstr. 2, 63739 Aschaffenburg –
Prof. Dr. KRAUS Hans-Christof, Univ. Passau, Innstr. 25, 94032 Passau.
Prof. Dr. BECKER* Winfried, Passau; Dr. DATHE Uwe, Braunschweig;
PD Dr. GRYPA Dietmar, Eichstätt; Dr. KLEINERT* Christian, Frankfurt
a.M.; Prof. Dr. KROLL* Thomas, Jena; Dr. KÜHLEM Kordula, Bonn;
Prof. Dr. LINGER* Friedrich, Gießen; Prof. Dr. MÜLLER* Heribert,
Frankfurt a.M.; Prof. Dr. REBENICH* Stefan, Bern; Prof. Dr. STEIN-
BACH* Matthias, Braunschweig; Prof. Dr. STROHMEYER* Arno, Salz-
burg.

Die Protokolle des Bayerischen Staatsrats 1799–1817

(in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive
Bayerns)
Leiter: Prof. Dr. WEIS Eberhard, Ammerseestr. 102, 82131 Gauting.
Dr. MAUERER Esteban, München.

Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten

Leiter: Prof. Dr. Frhr. von ARETIN Karl Otmar, Tizianstr. 7, 80638 Mün-
chen – Prof. Dr. WEIS Eberhard, Ammerseestr. 102, 82131 Gauting.
Dr. MÜLLER* Gerhard, Jena; Dr. SCHIMKE* Maria, München.

Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes

Leiter: Prof. Dr. GALL Lothar, Rosselstr. 7, 65193 Wiesbaden.
Prof. Dr. MÜLLER Jürgen, Dr. TREICHEL Eckhardt, beide Frankfurt a.M.

Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1945

(in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv)
Leiter: Prof. Dr. HOCKERTS Hans Günter, Byeherstr. 34, 80689 München.
Dr. HARTMANNGRUBER Friedrich, Koblenz.

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954

(in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive
Bayerns)
Leiter: Prof. Dr. WIRSCHING Andreas, Waldstr. 16, 85235 Sixtmitgern.
Dr. BRAUN Oliver, München.

*Rheinischer Kapitalismus: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der
Bonner Republik 1949–1990*

Leiter: Prof. Dr. HOCKERTS Hans Günter, Byeherstr. 34, 80689 Mün-
chen – Prof. Dr. PLUMPE Werner, Klüberstr. 12, 60325 Frankfurt a.M.
Dr. SATTLER Friederike, Berlin.

Redaktion der „Neuen Deutschen Biographie“

Herausgeber: Prof. Dr. HOCKERTS Hans Günter, Alfons-Goppel-Str. 11,
80539 München.
Dr. EBNETH Bernhard; Dr. JORDAN Stefan; Prof. Dr. PRIESNER Claus;
Dr. SCHIMKE Maria; Dr. SONNTAG Regine, alle München.

Sekretariatsangestellte: MÜHLENHOFF Gabriele, M.A.; WOLF Marianne,
M.A.

Schriftenreihe der Historischen Kommission

Leiter: SEKRETÄR.

Geschäftsstelle der Historischen Kommission

Geschäftsführer: Dr. GELBERG Karl-Ulrich.

Digitale Editionen: REINERT Matthias, M.A.

Sekretariatsangestellte: HUBER Ursula; KLEPACZKO Gisela; WENZEL-
STENGEL Ingrid.

DER DEUTSCHE BUND IN DER NATIONALEN
HERAUSFORDERUNG 1859–1862
EIN NEUER BAND AUS DEM EDITIONSPROJEKT
„QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES DEUTSCHEN BUNDES“

von Jürgen Müller

Die Bundespolitik wurde im Zeitraum von 1859 bis 1862 mit einer nationalen Herausforderung konfrontiert, die im Vergleich zum vorangehenden Jahrzehnt eine ganz neue Dynamik und Brisanz entwickelte. Ausgelöst durch den Italienischen Krieg, der die nationale Einigung Italiens einleitete, und seine Auswirkungen auf die deutsche Politik, entwickelte sich seit dem Sommer 1859 in Deutschland eine intensive und sehr nachhaltige nationalpolitische Debatte. Diese jetzt vermehrt auch öffentlich geführte Diskussion bildet den zentralen Gegenstand des fünften Bandes aus der von Lothar Gall geleiteten Abteilung „Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes“, der im Druck ist und Ende des Jahres 2011 erscheint.¹ Auf über 800 Seiten werden 157 Dokumente aus 16 Archiven in Deutschland, Österreich und Dänemark präsentiert. Berücksichtigt werden neben den Verhandlungen der Bundesversammlung und den diplomatischen Korrespondenzen der Regierungen auch die parlamentarischen Debatten in den deutschen Landtagen, die Berichte und Kommentare in der deutschen Presse, publizistische Schriften über die Bundespolitik sowie Verlautbarungen von nationalen Vereinen und Versammlungen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit schlug die Debatte, das zeigt das Quellenmaterial, eine neue Richtung ein. Dabei zeigen sich einige neue Faktoren, die sich als zentrale Elemente in der bundespolitischen Diskussion und als wichtige Antriebskräfte für das Handeln der Bundesversammlung und ihrer Ausschüsse im Zeitraum von 1859 bis 1862 herausstellten. Bei diesen Faktoren handelt es sich im Wesentlichen um vier Entwicklungen, die im Jahr 1859 nahezu gleichzeitig zum Durchbruch kamen: 1. die Verklammerung von innenpolitischer Reform und außenpolitischer Machtstellung; 2. die zentrale Rolle der Öffentlichkeit; 3. die nationalpolitische Parteibildung; 4. die Legitimierung des parlamentarischen Prinzips auf Bundesebene.

Diese Faktoren wirken seit 1859 in einer zuvor nicht gekannten Intensität auf die schon länger anhaltende, zeitweise in den Hintergrund getretene, nun aber schlagartig wieder aufflammende Bundesreformdebatte ein. Anders als in den Reformdiskussionen auf der Dresdener Konferenz 1850/51² oder auch

noch in den diversen Denkschriften, die während der 1850er Jahre zwischen den deutschen Regierungen zirkulierten³, ging es nun nicht mehr vorzugsweise oder gar ausschließlich um die Austarierung der Machtbalance zwischen den deutschen Staaten ohne nähere Berücksichtigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland oder der europäischen politischen Konstellationen. Jede Beschäftigung mit der Bundesverfassungsreform vollzog sich seit 1859 in einem komplizierten Beziehungsgeflecht, bei dem es keine Lösung mehr geben konnte, die nicht alle diese Aspekte beachtete. Das machte es einerseits so leicht, im kleindeutsch-preußischen Bundesstaat mit integrierter politischer und ökonomischer Verfassung sowie starker Machtentfaltung nach außen ein attraktives Modell für die Lösung der deutschen Frage zu präsentieren. Und andererseits erschwerte dieser Zusammenhang innerer und äußerer, politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fragen es dem Deutschen Bund und den bundespolitischen Akteuren – der Bundesversammlung, den Bundestagsausschüssen, den Bundestagsgesandten, den reformwilligen einzelstaatlichen Ministern und Diplomaten, der bundesfreundlichen Presse und Publizistik, den föderalistisch-großdeutsch gesinnten Parlamentariern, dem großdeutschen Reformverein – so sehr, einen realistischen alternativen Entwurf für die künftige Organisation Deutschlands zu entwickeln und zu popularisieren.

Die in der Edition enthaltenen Dokumente verdeutlichen diese Problematik auf nahezu jeder Seite, aber sie zeigen auch, wie sich die Bundesreformbefürworter den Problemen und Herausforderungen stellten und ihre Argumentation auf eine viel breitere Grundlage stellten als jemals zuvor. Die Bundesreform als ein bloß kosmetisches Projekt zur Stabilisierung des Status quo im deutschen Staatenbund, wie das in so vielen Plänen der fünfziger Jahre beabsichtigt war, konnte seit 1859 nicht mehr ernsthaft vertreten werden. Bundesreform bedeutete nun institutionelle Erweiterung, gesellschaftliche Partizipation, ökonomische Modernisierung, rechtliche Harmonisierung – kurz gesagt: nationale Integration im Gehäuse einer staatenbündisch-föderativen Ordnung. Im Folgenden sollen nun die eben erwähnten Faktoren in ihren Auswirkungen auf den Gang der Bundesreformen näher skizziert werden.

1. Die Verklammerung von innenpolitischer Reform und außenpolitischer Machtstellung Deutschlands

Die politische Organisation Deutschlands war von jeher keine rein innere Angelegenheit, sondern Teil einer außenpolitischen Machtkonstellation. Zumal seit dem Wiener Kongress von 1815 war die deutsche Frage

immer auch eine europäische Frage⁴, und dies sogar in einem ganz konkreten völkerrechtlichen Sinn, denn die Bundesakte von 1815 war Teil der Wiener Kongressakte, deren Signatarstaaten damit die völkerrechtliche Anerkennung des Deutschen Bundes besiegelten. Indem der Deutsche Bund als „passiver Ordnungsfaktor im europäischen Staatensystem“⁵ konzipiert worden war, stellte sich bei grundlegenden Veränderungen seiner inneren Verhältnisse automatisch die Frage, inwieweit diese seine europäische Funktion berührten. Diese Funktion bestand ganz wesentlich in dem friedenserhaltenden Wirken des Bundes und seiner Institutionen, sowohl im Hinblick auf die innerdeutschen Verhältnisse als auch im europäischen Rahmen.

Solange der Deutsche Bund den Kampf der beiden deutschen Großmächte um die Vorherrschaft in Deutschland verhinderte, und solange er sich in europäischen Konflikten passiv oder defensiv verhielt, konnten innerdeutsche Diskussionen über die Aus- oder Umgestaltung der Bundesverfassung keine außenpolitische Brisanz entwickeln. Bis 1848 war der Bund in beiderlei Hinsicht sehr erfolgreich gewesen. Österreich und Preußen kooperierten in fast allen wichtigen innerdeutschen Fragen und vermieden politische Konfrontationen. Außenpolitisch zogen die beiden deutschen Vormächte ebenfalls an einem Strang und unterließen es, den Deutschen Bund für partikulare Interessen oder gar für nationale Ziele zu instrumentalisieren. In der einzigen für die europäische Stellung Deutschlands kritischen Situation, der Rheinkrise von 1840/41, demonstrierten sie zwar machtpolitische und militärische Stärke gegenüber Frankreich, doch nahmen weder Österreich und Preußen noch der Deutsche Bund eine aggressive Haltung ein. Und auch im Jahrzehnt nach der 1848er Revolution, als die Rivalität zwischen Österreich und Preußen zunahm, wirkte der Bund außenpolitisch stabilisierend, indem er während der Krimkriegskrise gegen den ausdrücklichen Willen seiner Führungsmacht Österreich auf einer neutralen Stellung beharrte.

Diese außenpolitische Stabilisierungsfunktion des Deutschen Bundes wurde jedoch seit 1859 zunehmend in Frage gestellt. Wie schon während des Krimkriegs versuchte Österreich im Vorfeld des Italienischen Kriegs abermals, das militärische Potential des Bundes zu mobilisieren, um im Konflikt mit dem Königreich Sardinien-Piemont und dessen Bündnispartner Frankreich Deutschland in seiner Gesamtheit als europäischen Machtfaktor einzusetzen. Dieser Versuch scheiterte zwar erneut am Widerstand Preußens gegen eine Instrumentalisierung des Deutschen Bundes für die österreichische Außenpolitik, doch gelang es nach dem Ende des Krieges nicht, den Bund wieder in die ruhigen Bahnen einer außenpolitischen Enthaltensamkeit zurückzuführen.

Der Status des Deutschen Bundes und seine Haltung im Hinblick auf den Italienischen Krieg wurden in zweifacher Hinsicht zur Diskussion gestellt: Zum einen war offenkundig geworden, dass die Organisation der Bundesarmee bei einem möglichen Angriff auf das Bundesgebiet, den man von Seiten Frankreichs mehr denn je befürchtete, keine effektive Verteidigung gewährleisten konnte. Die Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung wurde daher seit 1859 zu einem von allen Seiten erstrebten Ziel, wobei es allerdings über die Grundsätze der angestrebten Reform keinen Konsens gab. Zu einem zentralen Streitpunkt wurde die Frage des militärischen Oberbefehls über die Bundesarmee, der von Preußen – wenn nicht für die gesamten Bundeskontingente, so doch zumindest für die Truppen der norddeutschen Staaten – beansprucht wurde, was einer militärpolitischen Teilung Deutschlands entlang der Mainlinie entsprochen hätte.⁶ Die militärische Organisation des Deutschen Bundes wurde somit zu einer eminent politischen Frage, die im Hinblick auf die innerdeutschen Machtverhältnisse und auf die außenpolitische Stellung Deutschlands heftig diskutiert wurde, und das nicht nur zwischen den Regierungen und in den Gremien des Bundes, sondern auch in der deutschen Öffentlichkeit, die sich für dieses Thema zuvor wenig interessiert hatte.

Es korrespondierte mit dieser gesteigerten Aufmerksamkeit für die militärische Stärke Deutschlands, dass der nationale Machtgedanke nun zu einem zentralen Element der deutschlandpolitischen Debatte wurde. Hatten sich Pläne zur Bundesreform bislang häufig auf innenpolitische Aspekte konzentriert und der Stellung des Bundes nach außen hin wenig Beachtung geschenkt, so wurde seit 1859 die äußere Macht Deutschlands in Konkurrenz zu den anderen europäischen Großmächten zu einem Aspekt, der nicht mehr vernachlässigt oder übergangen werden konnte. Die von der nationalen Bewegung angestrebte Reorganisation Deutschlands sollte nicht mehr nur die *Einheit* des Vaterlandes und die *Freiheit* seiner Bevölkerung verbürgen, sondern auch die *Macht* des neuen Staatsgebildes.

Für diejenigen deutschen Regierungen, die am staatenbündischen Prinzip festhalten und eine bundesstaatliche Organisation Deutschlands verhindern wollten, und für die Bundesversammlung selbst und die von ihr bestellten Kommissionen und Ausschüsse ergab sich die Notwendigkeit, die Frage der äußeren Macht des Bundes in ihre Überlegungen und Konzepte für eine Bundesreform viel stärker einzubeziehen, als dies zuvor erforderlich gewesen war. Auf den vielfach öffentlich geäußerten Vorwurf, dass die Ereignisse in Italien die „Ohnmacht“ der Bundesverfassung gezeigt und Deutschland dem „Spott des Auslandes“ preisgegeben hätten⁷, mussten die bundestreuen Regierungen und ihre sich allmählich formierenden Anhänger in der deutschen Öffentlichkeit mit dem Versuch

reagieren, die Vereinbarkeit von staatenbündischer Ordnung und nationaler Machtentfaltung zu demonstrieren.

Die in der Edition publizierten Quellen machen deutlich, wie sehr sich die durch den Italienischen Krieg veränderte außenpolitische Konstellation nicht nur auf die allgemeine deutsche Öffentlichkeit, sondern vor allem auch auf die Selbstwahrnehmung des Deutschen Bundes beziehungsweise derjenigen regierenden Politiker und Diplomaten – wie vor allem die mittelstaatlichen Minister Beust, Dalwigk und Hügel – auswirkte, die am Bund festhalten wollten. Es veränderten sich aber nicht nur die subjektive Einschätzung der Lage und damit die Art und Weise, wie über Bundesreform und nationale Organisation nachgedacht wurde. Auch objektiv wurde die deutsche Frage seit 1859 komplizierter als jemals zuvor in der Bundesgeschichte, wenn man einmal von den Revolutionsjahren 1848/49 absieht. Eine „kleine“ Reform des Staatenbundes, die sich einzelnen Aspekten wie etwa der Stimmenverteilung, den Kompetenzen der Bundesorgane, bestimmten Bundesgesetzen usw. zuwandte, wurde zunehmend unrealistisch. Zwar konnte man mit praktischen Reformmaßnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Rechtsvereinheitlichung, durchaus bundespolitische Fortschritte erreichen⁸, aber diese waren kein Ersatz für die grundlegende institutionelle Umgestaltung, bei der sich neben der Frage der Bundeszentralgewalt als Exekutivmacht und der Bundesarmee als Instrument der Machtausübung nach außen auch die Frage nach der Volksvertretung und dem Bundesgericht stellte. Dazu kam noch die Frage der deutschen Wirtschaftsverfassung, die sich infolge der rasanten industriellen, kommerziellen und technischen Strukturveränderungen immer drängender stellte.⁹

Der Bund versuchte, dieser komplexen Herausforderung gerecht zu werden und Wege zu finden, die bestehende staatenbündische Ordnung mit den realpolitischen Erfordernissen einerseits und den nicht selten überbordenden nationalpolitischen Forderungen in Einklang zu bringen. Dabei wurde in der relativ kurzen Zeit von drei Jahren vom Sommer 1859 bis zum Sommer 1862 unter Beteiligung von zahlreichen Regierungen und Politikern ein weitreichendes Bundesreformprojekt entworfen und schließlich in die Bundesversammlung eingebracht. Die Erwartungen, die daran geknüpft wurden, waren hoch, ebenso wie der Einsatz der Regierungen, die sich, angestoßen von dem Ausbruch nationaler Gefühle und Ansprüche seit 1859, auf eine riskante bundespolitische Entwicklung einlassen mussten. Und dabei wurde allen, der Öffentlichkeit wie den Regierungen, den Anhängern der großdeutsch-föderativen wie jenen der kleindeutsch-bundesstaatlichen Organisation Deutschlands klar, dass die „Lösung“ der deutschen Frage kein rein innerdeutsches Problem war,

sondern eine mit der europäischen Politik eng verknüpfte Angelegenheit, die mit der Gefahr militärischer Konflikte zwischen den großen Mächten, insbesondere zwischen ‚Deutschland‘ und Frankreich, behaftet war.

2. Die zentrale Rolle der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit war nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 vorübergehend aus der politischen Diskussion zurückgedrängt worden. Zwar war es weder auf Bundesebene noch in den deutschen Einzelstaaten gelungen, das öffentliche Debattieren über politische Themen – und hier insbesondere über die nationale Frage – vollständig zu unterbinden. Doch war es infolge einer Vielzahl von gesetzlichen und polizeilichen Maßnahmen in den 1850er Jahren zu einer Eindämmung der freien öffentlichen Meinungsäußerung gekommen.¹⁰

Dies änderte sich ab 1859 grundlegend. Die deutsche Öffentlichkeit meldete sich seither in einer seit der 1848er Revolution nicht gekannten Breite und mit einem Nachdruck zu Wort, dem mit den herkömmlichen Mitteln der amtlichen Meinungskontrolle nicht mehr beizukommen war. Auslösendes Moment dafür war der Italienische Krieg, in den – anders als im Krimkrieg zwischen Russland auf der einen und dem Osmanischen Reich, England und Frankreich auf der anderen Seite (1853–1856) – Österreich als Vormacht des Deutschen Bundes unmittelbar involviert war. Dieser Krieg spielte sich geographisch nicht am fernen Rand Europas, sondern unmittelbar vor den deutschen Grenzen ab, und er wurde wegen der Unterstützung der italienischen Einigungsbewegung durch Frankreich als akute Bedrohung Deutschlands an seiner Westgrenze wahrgenommen. In dieser kritischen Situation vom Frühjahr und Sommer 1859 meldete sich die Öffentlichkeit auf allen verfügbaren Foren zu Wort: in der Tagespresse und in periodischen Zeitschriften, in der Publizistik, in den Landtagen, über Interessenverbände, auf nationalen Festen und Feiern und in einer Reihe von Versammlungen liberaler Politiker, aus denen im Spätsommer mit dem Deutschen Nationalverein eine politische Organisation hervorging, deren erklärtes und öffentlich propagiertes Ziel die Bildung eines deutschen Bundesstaats war.

Neben der Tagespresse wurde „Öffentlichkeit“ seit dem Ende der 1850er Jahre in ganz erheblichem Ausmaß durch die Broschüren- und Flugschriftenliteratur hergestellt. Dieses publizistische Genre erlebte einen enormen Aufschwung. Die von Hans Rosenberg zusammengestellte zweibändige kritische Bibliographie der nationalpolitischen Publizistik¹¹ listet für den Zeitraum von 1858 bis 1866 insgesamt 1338 Schriften auf,

das heißt im Durchschnitt weit mehr als hundert pro Jahr. Schon allein diese Masse der politischen Schriften zeigt, welch ein ausgedehnter öffentlicher Markt für die Diskussion der deutschen Frage seit Ende der 1850er Jahre entstand.

Zu einem besonders wichtigen Forum für die öffentliche Debatte entwickelten sich darüber hinaus die Landtage der einzelnen deutschen Staaten. Sie hatten sich schon seit Beginn des Jahrzehnts des öfteren in Fragen der deutschen Politik und insbesondere auch mit Anträgen zur Reform der Bundesverfassung zu Wort gemeldet. Seit 1859 nahmen die Häufigkeit derartiger Debatten und die Intensität, mit der sie geführt wurden, stark zu. Einige dieser Debatten in den Landtagen von Bayern, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen und Württemberg sind in der Edition ausführlich dokumentiert.

Der öffentliche Diskurs über deutsche Politik speiste sich mithin aus mehreren Quellen, und er gewann dadurch eine Breite und Intensität, wie dies zuvor nicht der Fall gewesen war. Viele deutsche Regierungen begünstigten diesen Bedeutungszuwachs der Öffentlichkeit, indem sie nicht mehr, wie in den Jahren zuvor, unerwünschte öffentliche Äußerungen über die nationale Frage zu unterdrücken versuchten, sondern in immer stärkerem Maße selbst an der öffentlichen Diskussion teilnahmen. Dazu bedienten sie sich intensiv der regierungsamtlichen und offiziellen Presseorgane. Außerdem betrieben einige Regierungen, allen voran Österreich und Preußen, eine gezielte staatliche Pressepolitik mit „Literarischen Büros“, bezahlten Redakteuren und lancierten Artikeln.¹² Auch bei der Flugschriftenproduktion waren die Regierungen teilweise direkt beteiligt, indem sie von eigenen Diplomaten oder von dafür bezahlten Publizisten verfasste Schriften anonym veröffentlichen ließen.

Die in der Edition abgedruckten Dokumente belegen, dass die Bundesversammlung nach 1859 nicht mehr die Kraft und eine zunehmende Zahl von Einzelstaaten nicht mehr den Willen hatten, die öffentliche Meinung zu unterdrücken. Darüber hinaus macht die Edition deutlich, in welch erstaunlichem Ausmaß die in Frankfurt agierenden Bundestagsgesandten, die einzelstaatlichen Kabinette, ihre diplomatischen Vertreter und auch die deutschen Monarchen von der öffentlichen politischen Diskussion in ihrem politischen Denken und Handeln beeinflusst wurden. In den diplomatischen Korrespondenzen, internen Denkschriften und vertraulichen Gesprächen wurde beinahe permanent Bezug genommen auf öffentliche Kundgebungen in der Presse, in Flugschriften, in den Landtagen und auf den nationalen Versammlungen. Bei allen bundespolitischen Maßnahmen zogen die Akteure die erwartete oder befürchtete Reaktion der Öffentlichkeit ins Kalkül – negative Schlagzeilen sollten möglichst vermieden

werden. Bei nahezu allen Regierungen setzte sich die Einsicht durch, dass deutsche Politik nicht mehr als bloße Kabinettsdiplomatie betrieben werden konnte, sondern dass jede politische Initiative in ihrer öffentlichen Wirkung berechnet werden musste. Das galt naturgemäß in besonderem Maße für all jene Maßnahmen und Beschlüsse der Bundesversammlung, die nationale Themen berührten – und zu solchen Fragen von nationaler Bedeutung wurde seit 1859 fast alles, was in der Bundesversammlung verhandelt wurde.

Die durchgreifende Wirkung des Faktors „Öffentlichkeit“ manifestierte sich schließlich überaus eindrucksvoll in den Bundesreformprojekten, die seit 1859 wieder vermehrt entworfen und beraten wurden. So unterschiedlich diese Entwürfe im Einzelnen auch waren, so sehr waren sie fast alle darum bemüht, in der öffentlichen Meinung bestehen zu können und die Zustimmung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu finden. Das „deutsche Volk“ wurde mehr und mehr zum Bezugspunkt der Bundesreformdebatte, die nach Wegen suchte, dem Deutschen Bund eine Organisation zu geben, welche den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes beziehungsweise der Nation entsprach.

Die von den Ereignissen in Italien im Sommer 1859 ausgelöste nationale Erregung setzte im Deutschen Bund offenkundig eine Entwicklung in Gang, die sich in ihrer Motivation, ihrer Form und zunehmend auch in ihrem Inhalt als „öffentliche Politik“ präsentierte. Mit diesem veränderten Politikverständnis ließen die Mehrzahl der deutschen Regierungen und die Bundesversammlung relativ rasch den seit 1849/50 praktizierten obrigkeitlichen Politikstil, der sich ganz überwiegend in den Kabinetten und auf diplomatischen Kanälen bewegte, hinter sich. Die deutsche Öffentlichkeit zwang dem Deutschen Bund und seinen Akteuren eine öffentliche Politik auf, und diese 1859 eingeschlagene Richtung führte in den folgenden Jahren mit innerer Konsequenz zu dem größten öffentlichen und öffentlichkeitswirksamen Ereignis in der gesamten Bundesgeschichte: dem Frankfurter Fürstentag vom August 1863, der eine grundlegende Umgestaltung des Deutschen Bundes zum Ziel hatte.

Umgekehrt zeichnete sich die Öffentlichkeit der Politik auch dadurch aus, dass das allgemeine politisch interessierte Publikum über ein Maß an Informationen verfügte, wie es zuvor bei weitem nicht der Fall gewesen war. Die Tagespresse veröffentlichte Bundesbeschlüsse, diplomatische Depeschen, Denkschriften, Proklamationen und Reden in großer Zahl. Hinzu kam noch eine andere Publikationsform, die eine überaus reichhaltige aktuelle Informationsquelle bildete: der zeitnahe Abdruck von politisch relevanten Dokumenten in Buchform. Zu nennen ist hier zum einen der von Heinrich Schulthess herausgegebene „Europäische Geschichts-

kalender“, eine sehr detaillierte Chronik der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in Deutschland und Europa, die erstmals im Jahr 1861 erschien und die für das Berichtsjahr 1860 auf 262 Seiten und für die Folgejahre auf über 400 Seiten pro Band ein mit Originaldokumenten gespicktes Kalendarium der politischen Vorgänge bot.¹³ Parallel dazu erschien ab 1861 das „Staatsarchiv“, eine von Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klauhold herausgegebene „Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart“.¹⁴ Der Öffentlichkeit stand somit umfangreiches „offizielles“ Material zur Verfügung, was ebenfalls dazu beitrug, der politischen Diskussion eine neue Qualität und dem bundespolitischen Prozess eine neue Dynamik zu geben.

3. Die nationalpolitische Parteibildung

Das Jahr 1859 markierte den entscheidenden Entwicklungsschritt zu einer nationalpolitischen Parteibildung in Deutschland. Als sich im Frühjahr und Sommer 1859 vielerorts in Deutschland Anhänger der liberalen und demokratischen Nationalbewegung auf politischen Versammlungen trafen und, wie in Eisenach, „eine schleunige Aenderung“ der „fehlerhaften Gesamtverfassung Deutschlands“ verlangten¹⁵, wurden diese Versammlungen keineswegs mit dem gesetzlichen und polizeilichen Instrumentarium unterdrückt, das in den Jahren zuvor immer weiter ausgebaut worden war. Statt einer einheitlichen Reaktion auf diese Herausforderung seitens der Nationalbewegung handelten die deutschen Regierungen nach ihrer jeweils spezifischen einzelstaatlichen Interessenlage. Dadurch wurde es möglich, dass im September 1859 am Sitz des Bundestages in Frankfurt eine „Versammlung deutscher Männer“ den Nationalverein gründete.¹⁶ Ziel dieser nach dem Vorbild der italienischen *Società nazionale* gebildeten Vereinigung, die sich selbst als „nationale Partei in Deutschland“ bezeichnete, war es, „für die patriotischen Zwecke dieser Partei mit allen ihm [dem Verein] zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu wirken, insbesondere die geistige Arbeit zu übernehmen, Ziele und Mittel der über unser ganzes Vaterland verbreiteten Bewegung immer klarer im Volksbewußtsein hervortreten zu lassen“.¹⁷

Die deutschen Regierungen und damit auch die Bundesversammlung in Frankfurt konnten sich nicht auf eine einheitliche Politik gegenüber dem Nationalverein einigen. Während manche unter Berufung auf geltendes Bundesrecht ein Verbot des Vereins verlangten, ließen andere ihn gewähren oder beantragten gar die Aufhebung der reaktionären Bundesbeschlüsse über das Vereins- und Versammlungsrecht. Diese Uneinigkeit und die

daraus resultierende Unmöglichkeit einer wirksamen Unterdrückung der nationalen Vereine und Parteien veränderten das politische Koordinatensystem in Deutschland grundlegend. Der politische Aktionsrahmen wurde nicht mehr ausschließlich oder doch ganz überwiegend von den Regierungen und schon gar nicht von der Bundesversammlung als ihrem gemeinsamen Organ abgesteckt. Der Deutsche Bund verlor zusehends die Kontrolle über den öffentlichen politischen Diskurs in Deutschland. Es entstand ein neuer Raum für nationalpolitisches Debattieren und Handeln, in dem der rasch anwachsende Nationalverein, aber auch die unzähligen anderen Vereinigungen und Versammlungen, die seit 1859 wie Pilze aus dem Boden schossen, sich immer ungestörter betätigen konnten.¹⁸ Neben dem Nationalverein, der bis 1862 etwa 25 000 Mitglieder gewinnen konnte, agierten und agitierten auf dem nationalpolitischen Feld die Sängervereine, Schützen- und Turnvereine¹⁹, die Interessenverbände²⁰ wie etwa der Kongress deutscher Volkswirte oder der Juristentag, die nationale Festbewegung, die mit den Schillerfesten von 1859 das nationalkulturelle Einheitsideal in ganz Deutschland flächendeckend feierte²¹, und die zahllosen, bislang noch kaum untersuchten lokalen und regionalen Versammlungen, auf denen die nationale Gemeinschaft aller Deutschen postuliert wurde. Die deutschen Kabinette, die Bundesversammlung und die Ausschüsse und Kommissionen des Bundes wurden somit seit 1859 mit einer rasch anschwellenden und vielstimmigen nationalen Massenbewegung konfrontiert, deren politische Absichten und zu erwartenden Reaktionen bei allen bundespolitischen Verhandlungen und Entscheidungen berücksichtigt werden mussten.

Als offenbar wurde, dass die nationale Parteibildung keine vorübergehende Erscheinung war, begannen sich, unterstützt von den „bundestreuen“ deutschen Regierungen, die Anhänger einer großdeutsch-föderativen Lösung der deutschen Frage ebenfalls in einem nationalen Verein zu organisieren. Im Oktober 1862 kam es schließlich zur Gründung des Deutschen Reformvereins, dessen Zweck es war, „die Reform der deutschen Bundesverfassung nach Kräften zu fördern“ und alle Bestrebungen zu bekämpfen, die darauf abzielten, einen Teil Deutschlands – gemeint war natürlich Österreich – aus der Nation auszuschließen.²² Das war ein später Versuch zur Etablierung einer „Bundespartei“, der zudem keine große Massenwirksamkeit entfalten konnte. Dies lag unter anderem daran, dass das Projekt der Bundesreform, das im Sommer 1862 endlich in die Bundesversammlung gebracht worden war, selbst den moderaten Mitgliedern des Reformvereins „unzulänglich“ erschien: „Dieses Projekt“, so der Tübinger Theologieprofessor und württembergische Kammerabgeordnete Johannes Kuhn, „ist nicht geeignet, Propaganda zu machen, weder in der

öffentlichen Meinung, noch bei den widerstrebenden Regierungen, schon deshalb nicht, weil diesen letzteren der Einwand bleibt, daß es den nationalen Wünschen und Bedürfnissen nicht entgegen kommt. Eine reelle Reform, ein Anfang und nicht bloß ein Anlauf dazu ist notwendig.“²³

Eine wirkliche Reform bestand auch für die Mitglieder des Reformvereins darin, dass der Volksvertretung beim Deutschen Bund, die nach dem österreichisch-mittelstaatlichen Antrag nun endlich in Form einer Delegiertenvertretung eingerichtet werden sollte, tatsächliche „constitutionelle Befugnisse“, das heißt die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung, eingeräumt wurden.²⁴

4. Die Legitimierung des parlamentarischen Prinzips auf Bundesebene

Die nationalpolitische Parteibildung im Deutschen Bund ging offenkundig einher mit einer allgemeinen Anerkennung des parlamentarischen Prinzips, das in den Einzelstaaten schon seit langem in dem Sinne praktiziert wurde, dass keine Gesetzgebung mehr ohne die Beteiligung gewählter Abgeordneter stattfand. Eine Fortführung der bisherigen Politik der Bundesversammlung, die bei ihren Verhandlungen und Entscheidungen über nationale Fragen ohne jegliche Beteiligung des Volkes vorgegangen war, fand auch im Lager derjenigen keinen Rückhalt mehr, die für den Fortbestand des Deutschen Bundes eintraten und die kleindeutsch-preußischen Bundesstaatspläne bekämpften.

Ein kaum zu überschätzender Impuls für die Legitimierung des parlamentarischen Prinzips ging von der politischen Entwicklung in den deutschen Einzelstaaten aus. In den Fraktionen der Landtage war ein breites Reservoir von parlamentarisch geschulten Abgeordneten entstanden. Je mehr sich diese parlamentarischen Fraktionen im politischen Leben der Einzelstaaten etablierten und ausbreiteten, umso auffälliger wurde die Diskrepanz zur gesamtdeutschen Ebene, auf der seit 1849/50 die Regierungen und ihre Diplomaten die nationalen Geschicke Deutschlands bestimmten, ohne auf politische Interessenvertretungen der Gesellschaft zu stoßen. Diese „Lücke“ im politischen Raum wurde seit 1859 geschlossen, und in der Folge musste sich die Bundespolitik auf einen neuen Akteur einstellen, der mit repressiven Maßnahmen nicht mehr einzudämmen war.

Hinzu kam, dass ab 1859 die Beschäftigung der einzelstaatlichen Landtage mit der Bundespolitik sehr intensiv und nachhaltig wurde. Weder die Regierungen in den Einzelstaaten noch die Bundesversammlung konnten diese kontinuierlichen und in vielen verschiedenen Land-

tagen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzten Debatten ignorieren. Dass sich gewählte Abgeordnete ständig mit Vorschlägen, Anträgen und bundeskritischen Reden in den Landtagen zu Wort meldeten und dass über diese Äußerungen in der Presse ausführlich und kontrovers berichtet wurde, gab der nationalpolitischen Debatte in Deutschland einen zusätzlichen Schub.

Es gehört zu den bemerkenswerten bundespolitischen Entwicklungen, dass sich die Auffassung von der Unmöglichkeit, auf Dauer im Bund ohne die Beteiligung von Volksvertretern weiterkommen zu können, im Zeitraum von 1859 bis 1862 nahezu allgemein durchsetzte. Neben der in Presse und Flugschriften unaufhörlich verlangten Gewährung eines Nationalparlaments und neben den vielfach von den Landtagen ausgesprochenen Appellen an die Regierungen und Monarchen, sich für eine deutsche Volksvertretung einzusetzen, nahm nun auch wieder die Frequenz zu, mit der reformwillige Monarchen, Minister und Diplomaten der Mittel- und Kleinstaaten die beiden deutschen Großmächte und die Bundesversammlung dazu drängten, die Mitwirkung von gewählten Abgeordneten bei der Bundesgesetzgebung bald zu realisieren.

Gewiss gingen die Vorschläge zur praktischen Umsetzung und die politischen Absichten dabei in unterschiedliche Richtungen. Die einen, wie etwa der badische Politiker Franz von Roggenbach (1825–1907) in seinem großen Reformplan vom Herbst 1859²⁵, intendierten eine grundlegende Umgestaltung hin zu einem kleindeutschen Bundesstaat unter Leitung Preußens, der mit einem Zweikammerparlament aus Staatenrat und Nationalrat ausgestattet war, und mit Österreich in ein Allianzverhältnis treten sollte. Die anderen hielten an einem gesamtdeutschen Staatenverbund ohne die Hegemonie einer der beiden Großmächte fest, sie wollten also die bestehende Bundesverfassung nicht ersetzen, sondern sie durch neue Institutionen ergänzen. In diese Richtung zielten die Reformpläne der leitenden Politiker der größeren Mittelstaaten, allen voran der sächsische Minister Friedrich Ferdinand von Beust (1809–1886), der hessen-darmstädtische Minister Carl Friedrich Reinhard von Dalwigk (1802–1880) und der württembergische Minister Karl Eugen von Hügel (1805–1870).²⁶

Die mittelstaatliche Reformkoalition, die sich schon im Herbst 1859 in München und Würzburg auf eine Reihe von Reformanträgen einigte und diese dann in die Bundesversammlung brachte, konnte in einem langen Prozess schließlich auch die österreichische Regierung überzeugen, sich an die Spitze der Bundesreformbewegung zu stellen. Das Projekt, das auf der Grundlage mittelstaatlicher Vorschläge im Frühjahr und Sommer 1862 entwickelt und am 14. August 1862 als Reformantrag

in die Bundesversammlung eingebracht wurde²⁷, konzentrierte sich auf die Einrichtung einer sogenannten Delegiertenversammlung bei der Bundesversammlung. Diese sollte die von Bundeskommissionen ausgearbeiteten Entwürfe für einheitliche Bundesgesetze förmlich annehmen und ihnen dadurch die Zustimmung von gewählten Volksvertretern sichern. Mit diesem Reformantrag erkannten die ihn unterstützenden Regierungen und damit auch die bisher dem parlamentarischen Gedanken heftig widerstrebende Bundespräsidialmacht Österreich an, dass die Politik des Deutschen Bundes grundsätzlich der Legitimierung durch eine Volksvertretung bedurfte.

5. 1859–1862: Nationale Wendejahre

Für die politische Gesamtentwicklung Deutschlands im Allgemeinen wie auch für die Bundespolitik im Besonderen markierte die Phase von 1859 bis 1862 einen Umbruch. Die Zeit der bundespolitischen Unbeweglichkeit ging mit dem Italienischen Krieg beinahe schlagartig zu Ende. Der politische Aktionsrahmen wandelte sich grundlegend, und es änderte sich die inhaltliche Zielprojektion der nationalen Politik. Mehrere Faktoren fielen dabei zeitlich und inhaltlich zusammen:

- Die Machtentfaltung Deutschlands wurde in der Öffentlichkeit zu einem wichtigen Schlagwort und zu einer Zielprojektion nationaler Politik, die von der Bundesversammlung nicht mehr ignoriert werden konnte.
- Der vielstimmige Chor der öffentlichen und veröffentlichten Meinung wirkte in einem niemals zuvor gekannten Maße auf die Bundespolitik ein und zwang die Regierungen und die Bundesversammlung dazu, beträchtliche politische und publizistische Energien aufzuwenden, um im forcierten nationalen Meinungskampf bestehen zu können.
- In den zahllosen politischen und kryptopolitischen Vereinen, den nationalen Dachverbänden einzelner Interessengruppen und den entstehenden nationalen Parteien entstanden politische Akteure, die als gesellschaftlich breit fundierte Vertreter der deutschen Nationalinteressen in Konkurrenz zur Bundesversammlung traten.
- Es kam zu einem markanten Aufschwung des parlamentarischen Lebens in den Einzelstaaten. Die gewählten Abgeordneten thematisierten in den Kammern die nationale Frage, verlangten Änderungen in der Bundesverfassung, kritisierten die innere und äußere Politik der Bundesversammlung und formulierten ihren Anspruch auf eine substantielle Beteiligung an der deutschen Politik.

Die derart auf mehreren Ebenen veränderten Rahmenbedingungen deutscher Politik veranlassten die Regierungen dazu, die Frage der Bundesreform wieder intensiver zu diskutieren und dabei nach Wegen zu suchen, um die bestehende Ordnung an die neuen Herausforderungen anzupassen. Der Deutsche Bund versuchte nach 1859 einen Kurs einzuschlagen, vor dem er zuvor letztlich immer zurückgeschaut war – den einer umfassenden Bundesreform, die über die Bundesgrundgesetze von 1815 und 1820 weit hinausging und die die institutionelle, administrative und militärische Organisation des Bundes grundlegend erneuert hätte. Für die deutsche Politik im Allgemeinen, aber auch für die Bundespolitik im Besonderen waren die Jahre von 1859 bis 1862 nationale Wendejahre.

- 1 Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes. Für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hrsg. v. *Lothar Gall*. Abt. III: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes 1850–1866. Bd. 3: Der Deutsche Bund in der nationalen Herausforderung 1859–1862. Bearb. v. *Jürgen Müller*. München 2011 (im Druck).
- 2 Siehe dazu: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes. Für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hrsg. v. *Lothar Gall*. Abt. III: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes 1850–1866. Bd. 1: Die Dresdener Konferenz und die Wiederherstellung des Deutschen Bundes 1850/51. Bearb. v. *Jürgen Müller*. München 1996; *Jonas Flöter/Günther Wartenberg* (Hrsg.), Die Dresdener Konferenz 1850/51. Föderalisierung des Deutschen Bundes versus Machtinteressen der Einzelstaaten. (Schriftenreihe zur sächsischen Landesgeschichte, Bd. 4.) Leipzig 2002; *Hans Julius Schoeps*, Von Olmütz nach Dresden 1850/51. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformen am Deutschen Bund. Darstellung und Dokumente. (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 7.) Köln/Berlin 1972.
- 3 Siehe dazu: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes. Für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hrsg. v. *Lothar Gall*. Abt. III: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes 1850–1866. Bd. 2: Der Deutsche Bund zwischen Reaktion und Reform 1851–1858. Bearb. v. *Jürgen Müller*. München 1998.
- 4 Siehe dazu *Lothar Gall*, Der Deutsche Bund in Europa, in: Karl Otmar Freiherr von Aretin/Jacques Bariéty/Horst Möller (Hrsg.), Das deutsche Problem in der neueren Geschichte. München 1997, S. 17–28; *Wolf D. Gruner*, Die deutsche Frage. Ein Problem der europäischen Geschichte seit 1800. München 1985; *Anselm Doering-Manteuffel*, Die Deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871. (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 15.) München 1993.
- 5 *Doering-Manteuffel*, Die Deutsche Frage und das europäische Staatensystem (wie Anm. 4), S. 6.
- 6 Zur Bundeskriegsverfassung bzw. der Militärpolitik des Bundes siehe allgemein: *Elmar Wienhöfer*, Das Militärwesen des Deutschen Bundes und das Ringen zwischen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland 1815–1866. (Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung, Bd. 1.)

- Osnaabrück 1973; *Wolfgang Keul*, Die Bundesmilitärkommission (1819–1866) als politisches Gremium. Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Bundes. (Europäische Hochschulschriften, Rh. 3, Bd. 96.) Frankfurt/Basel/Las Vegas 1977; *Jürgen Angelow*, Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht 1815–1866. (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 52.) München 1996.
- 7 So die Eisenacher Erklärung der Demokraten und Konstitutionellen vom 14. August 1859, in: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes, Abt. III, Bd. 3 (wie Anm. 1), Dok. 10.
 - 8 Vgl. dazu *Jürgen Müller*, Deutscher Bund und deutsche Nation 1848–1866. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 71.) Göttingen 2005, S. 391–564.
 - 9 Vgl. dazu als Überblick: *Hans-Werner Hahn*, Die Industrielle Revolution in Deutschland. (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 49.) 3. um einen Nachtrag erweiterte Auflage, München 2011; ferner *ders.*, Mitteleuropäische oder kleindeutsche Wirtschaftsordnung in der Epoche des Deutschen Bundes, in: Helmut Rumpfer (Hrsg.), Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 16/17.) Wien/München 1990, S. 186–214.
 - 10 Zur polizeistaatlichen Entwicklung siehe *Wolfram Siemann*, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 14.) Tübingen 1985; *ders.* (Hrsg.), Der „Polizeiverein“ deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49. (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 9.) Tübingen 1983; Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 5: Die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851–1866. Präliminardokumente, Protokolle und Anlagen. Eingel. u. bearb. v. *Friedrich Beck* u. *Walter Schmidt*. (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, Bd. 27.) Weimar 1993.
 - 11 *Hans Rosenberg*, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des deutschen Krieges: Eine kritische Bibliographie. 2 Bde. München/Berlin 1935.
 - 12 *Gertrud Nöth-Greis*, Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. (Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 7.) Köln/Weimar/Wien 1997, S. 1–78; *Wolfgang Piereth*, Propaganda im 19. Jahrhundert. Die Anfänge aktiver staatlicher Pressepolitik in Deutschland (1800–1871), in: Ute Daniel/Wolfram Siemann (Hrsg.), Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789–1989). Frankfurt am Main 1994, S. 21–43.
 - 13 *Heinrich Schulthess* (Hrsg.), Europäischer Geschichtskalender. 1.–4. Jahrgang 1860–1863. Nördlingen 1861–1864.
 - 14 Das Staatsarchiv. Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart. Hrsg. v. *Ludwig Karl Aegidi* u. *Alfred Klauhold*. Bde. 1–3. Hamburg 1861–1862.
 - 15 Eisenacher Erklärung vom 17. Juli 1859, in: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes, Abt. III, Bd. 3 (wie Anm. 1), Dok. 5. Zu den nationalpolitischen Versammlungen seit März 1859 siehe *Andreas Biefang*, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 102.) Düsseldorf 1994, S. 66–75.

- 16 Vgl. dazu ausführlich *Biefang*, Politisches Bürgertum in Deutschland (wie Anm. 15), S. 66–119; die wichtigsten Quellen zum Nationalverein wurden ediert von *Andreas Biefang* (Bearb.), *Der Deutsche Nationalverein 1859–1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle*. Düsseldorf 1995.
- 17 Statut des Deutschen Nationalvereins vom 16. September 1859, in: *Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes*, Abt. III, Bd. 3 (wie Anm. 1), Dok. 20.
- 18 Zu dieser rasanten Entfaltung des Vereins- und Verbandswesens seit Ende der 1850er Jahre siehe *Wolfram Siemann*, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871*. Frankfurt am Main 1990, S. 261–264; *Klaus Tenfelde*, *Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland*, in: Otto Dann (Hrsg.), *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland*. (Historische Zeitschrift, Beihefte N. F., Bd. 9.) München 1984, S. 55–114.
- 19 *Dietmar Klenke*, *Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sängers, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege*, in: *Historische Zeitschrift* 260, 1995, S. 395–448; *Dieter Langewiesche*, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*. München 2000, S. 82–171.
- 20 *Hans-Peter Ullmann*, *Interessenverbände in Deutschland*. Frankfurt am Main 1988.
- 21 *Rainer Noltenius*, *Schiller als Führer und Heiland. Das Schillerfest 1859 als nationaler Traum von der Geburt des zweiten deutschen Kaiserreiches*, in: Dieter Düding/Peter Friedemann/Paul Münch (Hrsg.), *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*. Reinbek 1988, S. 237–258.
- 22 Statuten des großdeutschen Reformvereins vom 29. Oktober 1862, in: *Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes*, Abt. III, Bd. 3 (wie Anm. 1), Dok. 150.
- 23 Rede von Johannes Kuhn auf der Gründungsversammlung des Reformvereins am 28. Oktober 1862, in: *Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes*, Abt. III, Bd. 3 (wie Anm. 1), Dok. 149.
- 24 Ebd.
- 25 *Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes*, Abt. III, Bd. 3 (wie Anm. 1), Dok. 24.
- 26 Ebd., Dok. 86, 117, 143.
- 27 *Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes*, Abt. III, Bd. 3 (wie Anm. 1), Dok. 140.

Veröffentlichungen des Projekts „Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes“

Editionen

Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes. Für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hrsg. v. *Lothar Gall*.

Abt. I: *Quellen zur Entstehung und Frühgeschichte des Deutschen Bundes 1813–1830*.

Bd. 1: *Die Entstehung des Deutschen Bundes 1813–1815*. Bearb. v. *Eckhardt Treichel*. München 1998.

Abt. II: *Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes 1830–1848*.

Bd. 1: *Reformpläne und Repressionspolitik 1830–1834*. Bearb. v. *Ralf Zerback*. München 2003.

Abt. III: *Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes 1850–1866*.

Bd. 1: *Die Dresdener Konferenz und die Wiederherstellung des Deutschen Bundes 1850/51*. Bearb. v. *Jürgen Müller*. München 1996.

Bd. 2: *Der Deutsche Bund zwischen Reaktion und Reform 1851–1858*. Bearb. v. *Jürgen Müller*. München 1998.

Bd. 3: *Der Deutsche Bund in der nationalen Herausforderung 1859–1862*. Bearb. v. *Jürgen Müller*. München 2011 (im Druck).

Monographien

Jürgen Müller, *Der Deutsche Bund 1815–1866*. (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 78.) München 2006.

Jürgen Müller, *Deutscher Bund und deutsche Nation 1848–1866*. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 71.) Göttingen 2005.

Aufsätze

Lothar Gall, *Der Deutsche Bund als Institution und Epoche der deutschen Geschichte*, in: Dieter Albrecht/Karl Otmar Freiherr von Aretin/Winfried Schulze (Hrsg.), *Europa im Umbruch 1750–1850*. München 1995, S. 257–266.

Lothar Gall, *Der Deutsche Bund in Europa*, in: Karl Otmar Freiherr von Aretin/Jacques Bariéty/Horst Möller (Hrsg.), *Das deutsche Problem in der neueren Geschichte*. München 1997, S. 17–28.

Lothar Gall, *Grundprobleme von Quelleneditionen zur Geschichte des 19. Jahrhunderts*, in: Lothar Gall/Rudolf Schieffer (Hrsg.), *Quelleneditionen und kein Ende? Symposium der Monumenta Germaniae Historica und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften München*, 22./23. Mai 1998. (*Historische Zeitschrift*, Beihefte, N. F. Bd. 28.) München 1999, S. 81–91.

Jürgen Müller, *Reform statt Revolution. Die bundespolitischen Konzepte Beusts 1850/51*, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 66, 1995, S. 209–248.

Jürgen Müller, *Der Deutsche Bund*. (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, *Politische Systeme in Deutschland*, Heft 2.) Weimar 1997.

- Jürgen Müller*, „Humor ist Demagog!“ Politischer Karneval in Frankfurt 1850–1863, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 64, 1998, S. 229–246.
- Jürgen Müller*, Vom Dreikönigsbündnis zum Vierkönigsbündnis. Sachsen und die Erfurter Union 1849/50, in: Gunther Mai (Hrsg.), Die Erfurter Union und das Erfurter Unionsparlament 1850. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 137–164.
- Jürgen Müller*, „Ein gemeinsames deutsches Recht thut noth“. Rechtsvereinheitlichung in Deutschland, in: DAMALS, 32. Jahrgang, Nr. 4/2000, S. 56–61.
- Jürgen Müller*, Bismarck und der Deutsche Bund. (Friedrichsruher Beiträge, Bd. 11.) Friedrichsruh 2000.
- Jürgen Müller*, „... das dringendste Bedürfnis für Deutschland“ – Die neue Bundesexekutive und ihre Kompetenzen, in: Jonas Flöter/Günther Warthenberg (Hrsg.), Die Dresdener Konferenz 1850/51. Föderalisierung des Deutschen Bundes versus Machtinteressen der Einzelstaaten. (Schriften zur sächsischen Landesgeschichte, Bd. 4.) Leipzig 2002, S. 161–175.
- Jürgen Müller*, Kleinstaaten „ohne Nation“ im 19. Jahrhundert. Bedingungen ihres Überlebens in der Epoche des Nationalstaats, in: Dieter Langewiesche (Hrsg.), Kleinstaaten in Europa. (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 42). Schaan 2007, S. 118–136.
- Jürgen Müller*, Der Deutsche Bund und die ökonomische Nationsbildung Die Ausschüsse und Kommissionen des Deutschen Bundes als Faktoren politischer Integration, in: Hans-Werner Hahn/Marko Kreutzmann (Hrsg.), Ökonomie und Nation. Der Deutsche Zollverein als Faktor kultureller Nationsbildung im 19. Jahrhundert. Köln/Weimar/Wien 2011 (im Druck).
- Jürgen Müller/Eckhardt Treichel*, Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes. Ein Forschungsprojekt der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: Jahrbuch der historischen Forschung. Berichtsjahr 2000. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland. München 2001, S. 27–37.
- Jürgen Müller/Eckhardt Treichel*, Quellenfundus zur föderativen Tradition Deutschlands. Ein neuer Blick auf die Geschichte des Deutschen Bundes in Edition und Darstellung, in: Akademie Aktuell 2/2008, S. 47–49.
- Ralf Zerback*, Frieden ohne Freiheit. Deutscher Bund, in: DAMALS, 32. Jahrgang, Nr. 9/2000, S. 38–42.

Historische Kommission
bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
München 2011

Geschäftsstelle
Alfons-Goppel-Str. 11, 80539 München
Telefon 089/2 30 31-11 51
Telefax 089/2 30 31-12 45
E-Mail gelberg@hk.badw.de
www.historischekommission-muenchen.de

Geschäftsführung Karl-Ulrich Gelberg
Gestaltung Gundula Kalmer